Nr. 94. Einzelpreis 15 Pfennig

Halle (Saale), Dienstag, den 23. April 1929

Volksblatt

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das „Volksblatt" erscheint mit täglichen Beilagen sowie „Volk und Zeit". Es ist Publikations-Organ der genossenschaftlichen u. gewerkschaftl. Organisationen u. amtl. Organ verschied. Behörden. Schriftleitung: Gr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschlüsse Nr. 24605. 24607. 20605. Persönliche Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen

Bezugspreis monatlich 2,00 Mk. u. 0,30 Mk. Zustellungsgebühr, insgesamt 2,30 Mk., für Abholer wöchentlich 0,60 Mk., Postbezugspreis 2,30 Mk., durch Postboten zugestellt 2,70 Mk., bei direkter Einsendung an den Verlag 2,60 Mk. — Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteil der Millimeter. Hauptgeschäftsstelle: Gr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605. 24607. 20605. Postscheckkonto 20319 Erfurt

In 14 Tagen Schlussgutachten?

Neue Pariser Hoffnungen

Ein amerikanischer Vorschlag, die Differenz zwischen den alliierten und deutschen Ziffern zu halbieren - Die Reparationsbank als Hoffnung der Franzosen

Paris, 23. April. (Eig. Drahtb.)

Von Stunde zu Stunde wächst die erregte Spannung, mit der die Delegierten und die Oeffentlichkeit dem Zusammentritt der Vollversammlung der Sachverständigenkonferenz heute, Dienstag, entgegensehen. Von ihrem Ausgang wird nicht nur das Schicksal der Konferenz, sondern schließlich auch der Geist abhängen, in dem das Reparationsproblem weiter behandelt wird.

Es wäre nunmehr die Aufgabe der Konferenz, so schreibt die „Volonté", Dr. Schacht nachzuweisen, daß die Leistungsfähigkeit Deutschlands erheblich größer ist als das deutsche Memorandum annimmt. (!) Ein solcher Nachweis ist bisher nicht geführt worden, kann wohl auch schwerlich geführt werden, und so bliebe in der Sache selbst die bisherige Unmöglichkeit einer Einigung bestehen, deren Ueberwindung nach den taktischen Entgleisungen der deutschen Delegation schwieriger denn je erscheinen muß. Ebenso trügerisch wie die Hoffnung auf eine plötzliche „Besinnung" der deutschen Delegation muß die Erwartung einer Desavouierung durch die Reichsregierung erscheinen. Die Reichsregierung kann weder sachlich die Kompetenz ihrer Sachverständigen anzweifeln, noch besitzt sie faktisch die Möglichkeit zu den hier vielfach gewünschten Ordnungsrufen, und es wird nunmehr an Dr. Schacht allein sein, in der verfahrenen Lage für Deutschland zu retten, was nach Lage der Umstände zu retten ist. Alles was man erwarten kann, ist, daß das Ende der Konferenz die Möglichkeit offen läßt, daß nach ihr befähigte Diplomaten das Verständigungswerk in die Hand nehmen.

Reichsbankpräsident Schacht hat am Montag nach seiner Ankunft in Paris seine Besprechungen, insbesondere mit Owen Young, wieder aufgenommen. Von amerikanischer Seite wird, wie wir erfahren, am Dienstag ein neuer Vermittlungsvorschlag unterbreitet werden, der eine Annuität in der ungefähren Höhe der im deutschen Memorandum vorgesehenen Jahreszahlung zum Ausgangspunkt hat, die dann von Jahr zu Jahr ansteigen soll. Der amerikanische Vorschlag scheint auf dem Gedanken aufgebaut zu sein, daß, um eine Lösung zu ermöglichen, die Differenz zwischen den alliierten und den deutschen Ziffern halbiert werden müsse.

Paris, 23. April. (Radiomeldung.)

Im Verlauf der gestern abend von Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit Führern der übrigen Sachverständigendelegationen geführten privaten Besprechungen wurde, wie verlautet, die Tagesordnung der für heute 11 Uhr angesetzten Vollsitzung der Konferenz festgesetzt. In dieser Sitzung soll eine Sonderkommission, bestehend aus den Delegationsvorsitzenden, eingesetzt und mit der **sofortigen Abfassung des Schlußgutachtens der Konferenz beauftragt werden. Man glaubt, daß diese redaktionellen Arbeiten etwa acht bis vierzehn Tage in Anspruch nehmen werden.**

Wenn auch die Pariser Presse heute mit vielleicht allzu deutlicher Enttäuschung zugibt, daß Dr. Schacht keine neuen Vorschläge aus Berlin mitgebracht habe, so gibt sie doch der Hoffnung Ausdruck, daß bei der Abstimmung des Gutachtens wohl noch einmal das ganze Arbeitsgebiet der Kommission durchgesprochen wird und damit eine Annäherung erfolgen könnte. Dann sei es aber notwendig, erklärt die Pariser Presse, daß Dr. Schacht für einen großen Teil der deutschen Zahlungen auf den Transferschutz verzichte. Er müsse es unter allen Umständen ermöglichen, daß eine **Anleihe in Höhe von 15 Milliarden aufgelegt werden könnte.** Sauerwein im „Matin" sieht sogar noch weitere, ihm aussichtsreich erscheinende Möglichkeiten. Er glaubt voraussagen zu können, daß die **Reparationsbank es zu einem jährlichen Reingewinn von einer halben Milliarde bis zu einer Milliarde bringen könnte.** Daraus könnte ein großer Teil der Differenz zwischen den alliierten Forderungen und den deutschen Angeboten gedeckt werden. Außerdem könnte die Reparationsbank durch ihre Kredite neue Absatzgebiete eröffnen und so den Deutschen die gewünschten Rohstoffquellen zur Verfügung stellen. Sie könnte auch der deutschen Landwirtschaft billige Kredite geben und damit die zweite Sorge Schachts aus der Welt schaffen.

Der Coolidge-Staudamm

der in Arizona über den Gila-Fluß errichtet wurde, hat über 20 Millionen Mark gekostet. Durch die Erbauung dieses Staudammes, dessen Ausdehnung unser Bild deutlich erkennen läßt, wurde ein großes Gebiet durch entsprechende Bewässerung fruchtbar gemacht.

Er will hingerichtet werden ...

Nach Blättermeldungen aus Wiesbaden wurde dem vor einigen Tagen wegen Ermordung der Witwe Sesse zum Tode verurteilten Arbeiter Sinowatz mitgeteilt, daß die Todesstrafe in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt sei. Daraufhin hat Sinowatz an seinen früheren Rechtsbeistand ein Schreiben gerichtet, in dem er die Bitte um Vollstreckung des Todesurteils ausspricht. „Das ist ja heller Wahnsinn", so heißt es in dem Brief, „lebenslänglich Zuchthaus. Das soll eine Gnade sein? Darauf verzichte ich. Ich will nicht begnadigt sein."

Politischer Monstre-Prozeß in Indien.

31 Gewerkschaftsführer unter Anklage

Kalkutta, 23. April. (Eig. Drahtb.)

Der Prozeß gegen die anläßlich der kürzlich erfolgten Kommunistenrazzia verhafteten 31 Gewerkschaftsführer und Politiker wird aller Wahrscheinlichkeit nach einer der größten politischen Sensationsprozesse werden, die in der Geschichte der indischen Politik bekannt sind. Aus einer Mitteilung, die der nationalistische Führer Sengubtia auf einer Protestversammlung gegen das Vorgehen der Behörden gemacht hat, geht hervor, daß ein englischer Anwalt in Kalkutta bereits längere Zeit vor der Razzia den Auftrag zur Vorbereitung einer Anklage gegen politische Verschwörer erhalten hat. Der Prozeß selbst wird bezeichnenderweise weder hier noch in Delhi, sondern in Meerut, einer weitab vom politischen Leben gelegenen Provinzialstadt, geführt werden. Hierher sind auch die Verhafteten und die beschlagnahmte Literatur gebracht worden, unter der sich u. a. die „Erinnerungen Wilhelms II." befinden.

Die Arbeiterschaft aller Richtungen protestiert täglich in überfüllten Versammlungen gegen die Regierung. Alle Organisationen erfreuen sich eines seit langem nicht gekannten Mitgliederzuwachses.

Revelstokes Nachfolger.

Paris, 23. April. (Radiomeldung.)

An Stelle des verstorbenen Lord Revelstoke wurde der zweite ordentliche Delegierte Charles Addis zum ersten Delegierten Englands ernannt.

Phantasien eines Pensionärs.

Von F. O. H. Schulz.

Herr Theodor Duesterberg hat einen Stiefel seiner kommißhaften Persönlichkeit bereits auf den Boden des Nationalsozialismus gesetzt. Wenn er sich in dem Tempo der letzten Jahre (vom Waffenstillstandskommissar bis zum Nachbar Hitlers) weiter entwickelt, werden wir noch viel Freude an ihm erleben. Seine schöne, von sozialen Gefühlen zitternde Seele hat sich neuerdings über den Begriff „Stahlhelm-Selbsthilfe" ausgebreitet. Das ist das neueste Mittel, mit dem Duesterberg Deutschland und die deutschen Arbeiter befreien will. Das Ziel, das seine nächtlichen Träume erfüllt, heißt: „Befreiung und Entproletarisierung des deutschen Menschen."

Also Duesterberg will die deutschen Arbeiter entproletarisieren. Wer da meint, daß dieser Befreiungskämpfer die Absicht hätte, an den Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft zu rühren, befindet sich in einem Irrtum. Herrn Duesterberg stört der Kapitalismus nicht. Ihn stört nur, daß der Kapitalismus den Marxismus erzeugt hat, und daß die proletarisierten Massen im Marxismus den Hafen sehen, der sie retten wird. Infolgedessen geht die Sehnsucht des Stahlhelm-Bundesführers darauf hinaus, den Arbeitermassen ein anderes Ideal zu geben. Und dieses Ideal heißt wieder einmal Werksverbundenheit, Werksgemeinschaft. Der Gesinnungsnachbar Duesterbergs, Herr Leopold, hat sich einige Jahre lang im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau an dem Aufbau von Werksgemeinschaften versucht. Die Antwort der Arbeiter im großen Lohnkampf Oktober 1927 ist hinreichend bekannt. Und doch ist Herr Leopold dem Stahlhelm-Duesterberg an Klugheit um zwei Hauptesläng en voraus. Das politische enfant terrible will heute dort anfangen, wo der Kopf bereits vor Jahren gescheitert ist.

Duesterberg hat sich eine feine Weise zurechtgelegt. Und die lautet: Es gibt zwanzig Millionen Arbeitnehmer in Deutschland, davon sind nur fünf Millionen in marxistischen Organisationen, folglich verbleiben für die Stahlhelm-Selbsthilfe 15 Millionen. Auf dieser Milchmädchen-Rechnung baut Herr Duesterberg seine Phantasien auf. Nichts weiß er davon, daß es bald zehn Millionen sozialdemokratische Wähler gibt, daß auch die anderen demokratischen Parteien einige Millionen Arbeiterwähler haben. Mit solchen Ueberlegungen gibt sich der Stahlhelmmann nicht ab, weil die Ueberlegung eigentlich überhaupt kein Bestandteil der Stahlhelm-Politik ist.

Infolgedessen fällt Duesterberg auch nicht schwer, die Mittel zur Entproletarisierung des deutschen Arbeiters zu finden. Dazu gehört in erster Linie Schaffung von sozialem Sparkapital, Schaffung von Eigenbesitz usw. Er zaubert also einige Potemkinsche Dörfer hervor, erzählt den Arbeitern, alles das könntet ihr haben, wenn ihr mir nur folgt. Und fertig ist der blaue Stahlhelm-Himmel.

Wer den Blick von der Erde abwendet und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0001

ihn dem Jenseitigen zuwendet, der fühlt sich werksverbunden. Für den gibt es keine Verbandsbeiträge, keine Krankenversicherung, keine Invalidenversicherung, keine politischen Beiträge, keine Differenz mit dem Unternehmer, keine Lohnkämpfe, keine Streiks, keine Aussperrungen mehr, der geht ganz im Werk auf, wird Privateigentümer, Besitzer von Sparkapital, freut sich seines Hauses, seiner hoffentlich recht zahlreichen Kinderschar, seines Unternehmers, der, wie Kamerad Leopold, mit ihm eines Herzens und einer Seele ist. Und über dem Ganzen thront Theodor Duesterberg, der gütige Allvater, der sich noch einen schönen weißen Vollbart wachsen läßt, um wie der liebe Gott aller Mühseligen und Beladenen auf das von ihm geschaffene Glück herniedersehen zu können.

Nur ein Haar schwimmt noch in der Suppe Duesterbergs. Und dieses Haar stammt von den politischen Freunden des ehemaligen erfolgreichen Waffenstillstandskommissars selbst. Duesterberg klagte in einer Rede, die er über das Ziel der Stahlhelm-Selbsthilfe kürzlich in Halle gehalten hat, daß „einzelne Industriezweige nur Arbeiter einstellen, die roten Verbänden angehören und nationale Arbeitnehmer schutzlos dem roten Terror preisgeben."

Wir verstehen den Kummer des Herrn Duesterberg. Er hat recht. Die großen Industrieunternehmungen — nicht zuletzt das Leuna-Werk — haben das Vergnügen mit den Werkvereins-Experimenten gründlich satt. Die Industriellen, die Wert auf Produktion und nicht auf Züchtung von Kriechtieren legen, haben seit einiger Zeit erkannt, daß diejenigen Arbeiter und Angestellten, die immer bereit sind, wie Ludendorff in München, auf dem Bauch zu liegen, für den Produktionsprozeß von untergeordneter Bedeutung sind. Man kann mit ihnen Demonstrationen werkstreuer Lakaien veranstalten, aber keine Produktionsprogramme durchführen, das heißt präzise und qualitative Arbeit zustande bringen. Ein Arbeiter und Angestellter, der etwas kann, hat Selbstbewußtsein, ein selbstbewußter Arbeiter lehnt Speichelleckerei ab, und die Industriellen haben sich schon daran gewöhnen müssen, und haben sich auch schon daran gewöhnt, den freien Gewerkschaftler, das heißt den selbständigen Arbeiter, als den einzigen Tarifkontrahenten zu betrachten, mit dem wirtschaftliche Aufgaben durchgeführt werden können.

Gewiß ist dieser Kontrahent dem Privatkapitalisten unangenehm, sehr unangenehm. Aber bei der Wahl zwischen einem selbständigen, tüchtigen Arbeiter von Charakter auf der einen Seite und einem schmarotzenden Gelben auf der anderen Seite ist den mit Verstand begabten Industriellen nach den Erfahrungen mit den Werkvereinlern die Entscheidung in den letzten Jahren nicht mehr schwer gefallen.

Das macht Herrn Duesterberg Kummer. Denn die Arbeiter im Stahlhelm, die vor ihm die Hacken zusammenschlagen, die Hände an die Hosennaht legen, und das Maul halten, bedingungslos halten, wenn der Oberstleutnant das seinige aufreißt, mögen dem ehemaligen Offizier als Musterknaben zukünftiger Wirtschaft erscheinen.

Aber die Wirtschaftsentwicklung richtet sich nicht nach den Phantasien vom preußischen Kasernen-Kommunismus Oswald Spenglers. Darum ist die Stahlhelm-Selbsthilfe Theodor Duesterbergs nichts weiter als das Gewächs einer sonst beschäftigungslosen Phantasie. Es ist ein Unglück, pensionierter Offizier zu sein und eigentlich von Berufswegen nichts zu tun zu haben. Herr Duesterberg darf unseres aufrichtigen Mitleids gewiß sein.

Wie lange noch Anwalt des Reichs?

Mörder Runge und der Reichsanwalt

„Nehmen Sie alles auf sich - Vier Monate werden es, dann kommt die Amnestie Wenn Sie in Not sind, können Sie sich stets an uns wenden"

Im Jornsprozeß wurde am Montag unter großer Spannung der Zeuge Wilhelm Runge, der eine Posten am Edenhotel, vernommen. Runge, der inzwischen seinen Namen geändert hat, machte seine Aussagen mit großer Bestimmtheit und Ruhe. Obwohl man ein gewisses Grauen gegen den Menschen, der noch heute als der Mörder der Rosa Luxemburg von den Kommunisten mit glühendem, unverlöschlichem Hasse verfolgt wird, nicht los wird, gibt es mildernde Umstände für seine Tat.

Man hat, um ihn reinzuwaschen, eine merkwürdige Komödie mit ihm aufgeführt. Der „Sergeant", mehrfach verwundeter Frontsoldat, hat in Wirklichkeit nie gedient und ist während des Krieges als dauernd felddienstunfähig nach Hause geschickt worden. Er ist genau so, ja in noch höherem Maße, das Opfer der Zeit geworden, wie der Reserveoffizier Liepmann, der von der Schulbank weg ins Feld gezogen ist, und, politisch vollkommen ahnungslos, im Verein mit seinem blutgierigen Kameraden, auf Liebknecht wie auf ein Jagdwild geschossen hat. Der Arbeiter Runge hat sich aus Hunger zur Garde-Kavallerie-Schützendivision gemeldet. Am Abend des 15. Januar hat ihm Kapitänleutnant Pflugk-Hartung, als soeben die beiden Automobile mit Liebknecht und Rosa Luxemburg vorgefahren waren, gesagt: „Ich gebe Ihnen den Befehl, die beiden nicht lebend herauszulassen! Die Luxemburg wird Ihnen vom Oberleutnant Vogel in die Arme geführt werden, so daß Sie nur zuzuschlagen brauchen. Wenn Ihr den Befehl nicht ausführt, werdet Ihr selber an die Wand gestellt. Es ist Krieg!"

Runge hat keinen persönlichen Haß gespürt, als er den mörderischen Kolbenhieb gegen die wehrlose Frau ausführte. Die Teilnahme an der Ermordung Liebknechts bestreitet er entschieden. Dagegen gibt er zu, von Leutnant Krull, nachdem dieser der Rosa Luxemburg mit dem Revolver den Rest gegeben hatte, den Befehl erhalten zu haben, den Redakteur Pieck im Korridor des Edenhotels zu erschießen. Nur durch die Flucht in das Zimmer des Hauptmanns Pabst, von dem diese Mordbefehle kamen, hat sich Pieck gerettet.

Der Haftbefehl des Kriegsgerichtsrats Jorns ist, obwohl die Presse seine Beteiligung an den Mordtaten schon wenige Tage nachher feststellte, erst am 2. Februar erlassen, und, weil er auf dem Dienstwege über den Anstifter dieser Morde, eben jenem Hauptmann Pabst und seinen Adjutanten Pflugk-Hartung, weitergegeben worden, erst am Morgen des 5. Februar an die Kaserne gelangt. Inzwischen war Runge längst abgeschoben. „Du sollst verhaftet werden. Aber das darf nicht sein", sagte ein Unteroffizier zu ihm. „Wenn Du Aussagen machst, fällt alles rein!" Er hatte sogar noch ein paar Tage Zeit, sich in der Wohnung des Leutnants Liepmann zu verstecken, bis seine Papiere in Ordnung waren. Man hatte keine Eile nötig. Schließlich steckte man ihm Geld und Zivilkleider zu und schickte ihn als „Krankenwärter Dönwaldt" nach Schleswig-Holstein. Dort tat er wieder als Soldat Dienst. Endlich am 11. April wurde er von zwei Kriminalbeamten verhaftet.

Am 13. April findet die erste Vernehmung durch Jorns statt, und zwar ohne Zeugen und ohne Protokoll. „Machen Sie keine Brühe", sagte Jorns zu ihm. „Nehmen Sie alles auf sich. Vier Monate werden es, dann kommt die Amnestie. Wenn Sie in Not sind, können Sie sich stets an uns wenden!" Im Untersuchungsgefängnis in Moabit hat ihn Pflugk-Hartung bedroht: „Wenn Sie Aussagen machen, legen wir eine Handgranate in Ihr Bett". Einmal wurde in diesem eigentümlichen Gefängnis, das Herrn Jorns unterstand, eine Generalprobe veranstaltet für die Verhandlung. Es wurde ihm in den Mund gelegt, eine Geschichte von Liebknecht zu erzählen, der ihn bei Siemens mit der Pistole bedroht habe, weil er sich weigerte, am Streik teilzunehmen. An dieser Stelle gab es „Pfui"-Rufe im Publikum. Runge will dann später nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Kottbus abermals festgenommen und in die Tobsuchtszelle gesperrt worden sein, weil man auf ihn den § 51 anwenden und ihn für unzurechnungsfähig erklären wollte. Tatsache ist, daß er am Jahrestage der Ermordung Liebknechts, am 15. Januar 1926 von Kommunisten überfallen und fürchterlich zugerichtet worden ist. Er hat — im Gegensatz zu den Anstiftern jener scheußlichen Tat, die Herr Jorns nicht kennen will — schwer gebüßt.

Internationales Abkommen über Festsetzung von Mindestlöhnen

Verlängerung der Wahlperiode für die Arbeitskammern im Bergbau

Berlin, 23. April. (Eig. Bericht.)

Der Reichstag ist am Montagnachmittag wieder zusammengetreten. Eine Zuschrift des Reichskanzlers teilt die Erweiterung der Reichsregierung mit.

Abg. Stöcker (Komm.) vermißt — „zur Tagesordnung" — eine Regierungserklärung und eine Debatte darüber aus diesem Anlaß, zumal das Etatkompromiß der Erörterung bedürfe. Er beantragt eine solche Debatte sowie die Aufhebung des Demonstrationsverbotes in Berlin und Hamburg für den 1. Mai. Außerdem fordert er die Wiederaufnahme der Lohnverhandlungen mit den Reichsarbeitern.

Präsident Löbe: Morgen beraten wir den Etat des Reichskanzlers, da ist Gelegenheit zu politischer Debatte. — Dem kommunistischen Antrag auf eine Regierungserklärung wird nicht widersprochen, der Wunsch wird der Regierung mitgeteilt werden. Den anderen Anträgen Stöckers wird widersprochen.

Nach debatteloser Annahme einiger Staatsverträge, darunter des Weltfunkvertrages in zweiter Lesung, bemängelt zum internationalen Abkommen über die Einrichtung von Verfahren zur Festsetzung von Mindestlöhnen Abg. Ende (Komm.) den Entwurf als unzulänglich und praktisch wirkungslos gegen die Ausbeutung der Arbeiter.

Reichsarbeitsminister Wissell:

21 Staaten auf der internationalen Arbeitskonferenz haben diesem Entwurf zugestimmt, die Tschechoslowakei konnte es nicht, weil zwar ihre Arbeitervertreter dafür, ihre Unternehmer-

Kammermusik-Abend des Bohnhardt-Quartetts

Der dritte diesjährige Konzertabend des Bohnhardt-Quartetts war aus Klassischem und Modernem zusammengesetzt: Schubert, Brahms, Graener, Gieseking. Die Zusammenstellung war nicht günstig für einen Kammermusikabend, sie war, um mit Rob. Schumann zu sprechen, von einer himmlischen Länge, doppelt unangenehm in einem vollständig kalten Saal.

Das Konzert begann mit einem Quintett von Gieseking, das hypermodern gehalten ist, mit fein verschlungenen Akkorden. Es lehnt sich teilweise an Mussorgsky, aber auch an Grieg an. Die zwei ersten Sätze wirken wertvoll, besonders der zweite mit einer Nocturno-Stimmung, während der dritte vielverheißend anfängt, aber durch Eintönigkeit bald stark abfällt. Unsere Bläservereinigung (Max Baum, Richard Freudenberg, Adolf Karl, Fritz Held) gab dieses Werk mit überragender Kunst ganz prachtvoll wieder.

Die Rhapsodie von Paul Graener bringt grelle Gegensätze: ein ewiges, gewaltsames Modulieren in den Tonarten, am besten wirken noch die Pianostellen, für die Altstimme ist die Aufgabe wenig dankbar. Unsere heimische Sängerin Toni Scholtz führte — trotz einer Indisposition — die Altpartie gut durch und sang außerdem zwei Gesänge mit Bratsche und Pianoforte von Joh. Brahms. Dabei konnten wir konstatieren, daß diese begabte Sängerin seit ihrem letzten Auftreten in ihrer Kunst tüchtig vorwärtsgekommen ist. Besonders die Eckpfeiler ihrer Stimme haben sich entwickelt, der Kopfton ist besser, die Aussprache tadellos.

Wundervoll wirkte auch gestern das Oktett von Franz Schubert. Es ist eines der unvergänglichen Werke dieses Meisters, das niemals seinen Glanz verliert. Es wurde wieder der Clou des Abends.

Das Bohnhardt-Quartett (Arthur Bohnhardt, Paul Prescher, Karl Koch, Otto Kleist) interpretierte die verschiedenen Musiken des Abends gleich gut und wurde dabei von der Bläservereinigung, dem Kontrabassisten Karl Hamann und Kapellmeister Trolldenier (Klavier) feinsinnig unterstützt.

S. S.

Isadora Duncans letzter Tag.

Die Selbstbiographie Isadora Duncans, die im vergangenen Jahr erschien und mit dem Jahre 1921 abbricht, hat jetzt eine lesenswerte Fortsetzung in einem Buche erfahren, das Isadoras Schwester, Irma Duncan, in Gemeinschaft mit Allan Roß Macdougall, einem alten Freund der unglücklichen amerikanischen Tänzerin, unter dem Titel „Isadora Duncans Russion Days", veröffentlichte. Bekanntlich fand Isadoras sturmbewegtes Leben im September 1927 seinen tragischen Abschluß durch eine Katastrophe, die so dramatisch und sensationell war wie die abenteuerliche Laufbahn der Tänzerin, die soviel geliebt und gelitten hat. Sie wurde von ihrem Kopfschal erdrosselt, der sich während einer Autofahrt in den Rädern des Wagens verfangen hatte und den Hals der Unglücklichen zuschnürte. An diesem Unglücksabend hatte die Duncan, bevor sie ihre letzte Fahrt antrat, mit ihrer Freundin Mary Desti, mit der sie von Paris nach Nizza im Auto gekommen war, diniert. „Wir hatten sie oft genug", heißt es in dem Buch, „wegen ihres Schwarms für ihren kleinen Kraftwagen und den hübschen italienischen Chauffeur gehänselt." Auch an jenem Abend erwartete Isadora mit Ungeduld ihren „Hippolytos", der sie verabredungsgemäß zu einer Spazierfahrt abholen sollte. Die Freundin stand dagegen im Bann eines drückenden Gefühls, von dem sie sich keine klare Rechenschaft abzulegen vermochte. Sie gab schließlich dieser dunklen Ahnung einer drohenden Gefahr mit den Worten Ausdruck: „Isadora, ich habe das Gefühl, daß sich etwas Schreckliches vorbereitet. Bitte, bitte, bleibe heute zu Hause." Isadora wies die Bitte mit der energischen Erklärung ab: „Ich fahre heute Abend aus, und wenn es das Letzte sein sollte, was ich auf der Welt tue." Und es war tatsächlich das Letzte. Als der Wagen anfuhr, warf sie die langen, in Fransen auslaufenden Enden ihres Schals um die Schultern. Eine oder zwei Sekunden später war sie tot."

Prof. Hans Poelzig

der bekannte Architekt, wird am 30. April 60 Jahre alt. Poelzig war 1903 bis 1916 Direktor der Staatlichen Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Breslau, bis 1920 an der Technischen Hochschule in Dresden und wirkt seitdem an der Technischen Hochschule und an der Preußischen Akademie der Künste in Berlin. Von seinen größeren Bauten sind besonders bekannt das Große Schauspielhaus in Berlin, das Rathaus in Löwenberg (Schlesien) und zahlreiche Ausstellungs- und Fabrikgebäude.

Ein Eiszeitfund. Bei Trentow in Vorpommern wurde durch Ziegeleiarbeiter ein menschlicher Schädel in einer Tiefe von über drei Meter gefunden. Eine wissenschaftliche Nachprüfung zeigte, daß der Schädel sich in gänzlich unberührten Schichten befunden hatte. Er dürfte etwa 10000 Jahre alt sein.

Der Rekordwahnsinn. In dem Wiener Hotel „Continental" erkämpfte der Klavierspieler Geza Ledovski einen neuen Weltrekord im Klavierspielen. Er spielte ununterbrochen 76 Stunden lang. Damit hat er den bisherigen Weltrekord um 47 Minuten geschlagen.

Der schlagfertige Voltaire.

Voltaire und Rousseau waren eine Zeitlang miteinander befreundet. Das schloß jedoch nicht aus, daß sie sich gegenseitig oft auf die boshafteste Weise hänselten und verspotteten. Als sie eines Tages zusammen in einem Restaurant Austern aßen, sagte Rousseau, nachdem er schon eine Riesenportion verschlungen hatte: „Ich könnte so viele Austern vertilgen, wie Simson Philister erschlug!" Voltaire lächelte: „Mit den gleichen Waffen?" (Simson erschlug nämlich die Philister mit Eselskinnbacken!)

Diesen Witz konnte Rousseau nicht vergessen. Er suchte nach einer Gelegenheit, sich zu rächen. Einmal kam er in Voltaires Wohnung, als dieser gerade ausgegangen war. Er bemerkte auf allen Gegenständen eine dicke Staubschicht. Bücher, Tisch, Regale, ja selbst das dunkle Pianino war über und über bestaubt. Rousseau schmunzelte: das war eine Gelegenheit sich zu rächen. Er schrieb auf den Deckel des Klaviers in die dicke Staubschicht hinein: „Cochon" (Schwein).

Am nächsten Tage traf er Voltaire. „Ich war gestern bei Ihnen," sagte er, „aber ich traf Sie nicht an."

Voltaire nickte: „Ich weiß schon. Ich fand Ihre Visitenkarte auf dem Klavier!"

Der neue Braunschweiger Intendant. Zum Intendanten des Landestheaters in Braunschweig wurde der bisherige Lübecker Intendant Dr. Th. Himmighoffen gewählt. Um den Posten hatten sich 45 Intendanten beworben.

Halle'sches Theater- und Kunstleben.

Stadttheater. In der Erstaufführung der Dreigroschenoper von Brecht und Weill am Mittwoch wirken mit die Damen Behrens, Geißler, Hammelmann, Heller, Liefeld, Roß, Wegner und die Herren Alper, Boehnert, Durra, Günzel, Haller, Hensel, Hoffmann, Jungk, Maistas, Schröder, Tiedemann, Weber und Zengner. Spielleitung: W. Dietrich; musikalische Leitung: Walter Trolldenier; Bühnenbild: Paul Horn.

Ha-Bü-Ba. Der Verkauf der Eintrittskarten zum Halleschen Bühnenball, den die Ortsgruppe der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger am 4. Mai, abends 8 Uhr, in den oberen Räumen des Stadtschützenhauses als Frühlingsfest veranstaltet, hat bereits begonnen. Karten sind zum Preise von 5 Mk. (einschl. Steuer) an der Stadttheaterkasse, im Verkehrsbureau Roter Turm, bei Baumann und Hedderoth, ferner in der Musikalienhandlung Heinrich Hothan zu kaufen. In der Rathe-Passage verkaufen Solomitglieder des Stadttheaters die Eintrittskarten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0002

Winter im Frühling.

Schneeschauer und Nachtfröste.

Das schöne Frühlingswetter in der zweiten Hälfte der vorigen Woche ist leider nur wieder eine kurze Episode gewesen. Ein unerwarteter Kälteeinbruch aus dem nördlichen Eismeer hat die Temperaturen ebenso rasch sinken lassen, wie sie kurz zuvor gestiegen waren. Nach oft wiederholten Schnee- und Graupelschauern, die am Sonntag von höigen Nordwestwinden begleitet waren, sind in der Montagnacht die Temperaturen fast überall unter den Gefrierpunkt gesunken, so daß nächtliche Temperaturminima bis zu 6 Grad unter Null beobachtet wurden. Die polare Kaltluftzufuhr, die ununterbrochen anhält, hat inzwischen über Mitteleuropa zwar wieder ein Hoch aufgebaut, doch wird die unter seinem Einfluß Montag beobachtete geringe Besserung des Wetters nicht von Dauer sein. Ein neues, kräftiges Tief, das sich uns von der norwegischen Küste unter stürmischen Winden aus westlichen Richtungen nähert, wird abermals Niederschläge, vorwiegend in Form von Schneeschauern, bringen, nach denen sich bei Wiederaufheiterung auch die Nachtfröste wiederholen werden.

Mit Ausnahme der Mittelmeerländer hat der ganze Erdteil wieder geradezu winterliches Wetter, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Es ist tatsächlich zum Verzweifeln. Man könnte versucht sein, das schöne Hildachsche Lenzlied in folgender Form zu verbunden:

Die Finken klagen: Wo bleibt der Lenz?
Und keiner kann's sagen, denn keiner erkennt's.
Mit all seinen Reizen hat er sich gedrückt,
Wir müssen heizen — die Welt ist verrückt.
Es frieren die Quellen, die Ohren sind blau,
Die Nasen schwellen, der Himmel ist grau.
Laßt läuten die Glocken: Sturm und Braus.
Kauft warme Socken, der Lenz fällt aus!

Tagung für Schulkinderpflege.

Im Stadtverordnetensitzungssaal zu Halle begann heute vormittag 9 Uhr eine zahlreich besuchte Arbeitstagung des Deutschen Verbandes für Schulkinderpflege, dessen Thema sich mit der Erziehung und Hygiene im Hort und Tagesheim beschäftigte. Als Redner waren gewonnen: Medizinalrat Prof. Dr. Japha (Halle), Frl. Janesch (Frankfurt a. d. O.) und die Jugendleiterin Frl. Schmidt (Halle).

Der Deutsche Verband für Schulkinderpflege ist ein Zusammenschluß der Fachabteilungen für Schulkinderfürsorge der großen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Sein Arbeitsgebiet umfaßt den planmäßigen Ausbau der Schulkinderfürsorge durch Klärung der Anschauungen über Bedeutung und Aufgaben der Schulkinderpflege, Verbreitung guter Grundsätze für die Einrichtung und den Betrieb von Anstalten, wissenschaftliche und statistische Bearbeitung der einschlägigen Fragen. Wichtig ist die Vertretung der Interessen der Schulkinderpflege bei den Behörden, Stellung von Anträgen an parlamentarische Körperschaften und die Abhaltung öffentlicher Versammlungen.

Wir werden morgen über den Verlauf der Tagung berichten.

Neupflasterung der Albrechtstraße.

In der nächsten Woche wird, wie uns das Tiefbauamt mitteilt, die Neuanlage der Fahrbahn und Bürgersteige in der Albrechtstraße zwischen Geiststraße und Ludwig-Wucherer-Straße in Angriff genommen.

Die Grundstückseigentümer dieser Straße wollen Anträge auf Neuanlage oder Abänderung von Kanal-, Gas-, Elektrizitäts-, Wasser- usw. Anschlüsse innerhalb 10 Tagen an die zuständige Dienststelle richten. Anträge, die nach Ablauf dieser Frist eingehen und ein Wiederaufreißen der Straßendecke erfordern, werden abgelehnt.

Fahrpreiserhöhung bei der Fernbahn

Im heutigen Anzeigenteil macht die Direktion der Ueberlandbahn bekannt, daß sie gezwungen ist, die Fahrpreise ab 1. Mai zu erhöhen. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß die jetzt bestehenden Fahrpreise am 1. Februar 1924 festgesetzt worden sind. Eine Erhöhung dieser Sätze ist zur unabwendbaren Notwendigkeit geworden, nachdem einerseits die Betriebskosten fortgesetzte Steigerungen erfahren haben, anderseits die Fahrleistung ganz erheblich durch die Einführung und Erweiterung des 30-Minuten-Verkehrs erhöht werden mußte, ohne daß eine entsprechende Mehreinnahme erzielt werden konnte. Die Aufwendungen für Verbesserungen und Erweiterungen, die die Bahnanlagen und Einrichtungen vom Jahre 1924 an erfahren haben, werden in diesem Jahr auf etwa 2 Millionen Mark anwachsen, zu deren Deckung auch Darlehen herangezogen werden mußten. Die Verzinsung dieser Darlehen belastet den Betrieb ebenfalls in steigendem Maße.

Die Sparkasse kauft das Parkhotel.

Das ehemalige Parkhotel am Riebeckplatz, in dem bisher ein Teil der Riebeckschen Verwaltung untergebracht war, ist für den Kaufpreis von 300 000 Mk. in den Besitz der Städtischen Sparkasse Halle übergegangen. Die Räume im Erdgeschoß werden die Zweigstelle Riebeckplatz der Sparkasse aufnehmen, da die bisherigen gekündigt worden sind, während in den übrigen Stockwerken Bureaus eingerichtet werden. Eine Wiederinbetriebnahme des Hotels kommt also nicht in Frage.

Lehrgang für Bienenzucht. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, findet an der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau und dem Institut für Bienenkunde der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin-Dahlem am Freitag und Sonnabend, dem 17. und 18. Mai, ein Lehrgang für Bienenzucht statt. Anmeldung unter Einsendung des Lehrbeitrages von 5 Mk.

Schildbürgerei im Stadthaus

Der Bürgerblock des hallischen Stadtparlaments verwirft in einer Sitzung gleich zweimal einmütig gefaßte Ausschußbeschlüsse – Die Erholungs-Grünanlage im Arbeitersüdviertel soll hintertrieben werden
Das Spießergezänk um die Betsäule geht weiter – Kommunistische Lausbübereien gegen die Arbeiterbewegung

** Halle, den 23. April.

Das kleine Städtchen Schöppenstedt im Braunschweigischen ist nicht nur berühmt, weil der selige Eulenspiegel dort seine Streiche vollführte, es hatte auch einen Namen, weil seine ehrsamen Bürger besondere Kirchenleuchten waren, die durch ihre Schöppenstedter Streiche in der ganzen Welt bekannt wurden. Es besteht aber ernste Gefahr um den Weltruf des Städtchens Schöppenstedt. Halle, die Schulstadt von der schönen Saale, ist dabei, den Bürgern dieses norddeutschen Städtchens den Rang abzulaufen.

Der wohllöbliche Magistrat hat in wohlweiser Erkenntnis der Tatsache, daß wir auch in Halle nun einmal im Zeichen des Verkehrs leben, bei der baulichen Umgestaltung der Ostfront des Riebeckplatzes ein aus dem finstersten Mittelalter stammendes Verkehrshindernis entfernt. Aber nur entfernt, um „Selbiges" anderswo inmitten des Großstadtverkehrs ergreift aufzustellen. Dagegen bäumt sich der hallische Stadtbürger auf, um schließlich den gleichen Entschluß zu fassen. Im Bericht über die gestrige Sitzung der Stadtverordneten ist die Schöppenstedterei etwas eingehender geschildert, um allen Hallensern zu zeigen, was bei uns noch möglich ist.

Sonst enthielt die Tagesordnung der gestrigen Sitzung, der ersten nach der Mitte März erfolgten Etatsverabschiedung, wenig aufregende und zu großen Aussprachen nicht veranlassende Punkte. Wäre die Angelegenheit mit der bewußten Betsäule nicht gewesen und hätte das lebhafte Bemühen des Magistrats, ja nicht über sein Rechtsbereich hinaus den Wünschen und Anregungen der Stadtverordneten Entgegenkommen zu zeigen, den Anlaß zu einem ganz kleinen Geplänkel gegeben, wären die fünf Tribünenbesucher bestimmt eingeschlafen. Man darf wirklich gespannt sein, wer sich hier mehr blamieren wird, ob der Magistrat oder sein Bürgerblock.

Zum Schluß der Sitzung goß ein Moskauer Söldling seinen üblen Unratkübel über die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und ihre Vertreter in Behördenstellen aus, um, wie er sagte, den hallischen Gemeindearbeitern den freien 1. Mai zu verschaffen. Daß er dabei durch seine politischen Lausbubenmanieren den Parlamentarismus zur Posse machte und das Ansehen der modernen Arbeiterbewegung vor den Bürgerlichen in den Schmutz zerrte, versteht sich von selbst. Darüber ereignet man sich schon gar nicht mehr.

Sitzungsbericht.

Die Sitzung begann mit der Einführung des Tischlers Julius Hennicke in das Amt eines Stadtverordneten als Nachfolger des Stalinpreisboxers Riebenstahl. Hennicke, der dem Kollegium bereits angehörte, wurde von seiner jetzigen Fraktion auch in die Kommissionen entsandt, in denen Riebenstahl sein beschauliches Dasein geführt hat.

Stadtv. Flücht (Soz.) hat seinen Sitz, den er als Bürgerdeputierter in der Schul- und der Gesundheitsdeputation inne hatte, zur Verfügung gestellt. Die Fraktion entsendet, wie der Vorsitzende Schaumburg vortrug, in die Schuldeputation den Taubstummenlehrer Stengel, in die Gesundheitsdeputation den Pfleger Böttcher.

Der Vorsteher teilt darauf mit, daß dem gelegentlich der Etatsberatungen angenommenen Antrage auf Errichtung einer Fleischverkaufsstelle im Norden der Stadt nicht entsprochen werden könne. Der Anfall von Freibankfleisch ist zurzeit so gering, daß er gerade ausreicht für die Hauptstelle auf dem Schlachthof. Die Verkaufsstelle auf dem Markt ist aus dem gleichen Grunde bereits seit längerer Zeit außer Betrieb.

Die ersten vierzehn Tagesordnungspunkte wurden, entgegen aller Tradition, rasch und ohne jegliche Widerstände debattelos erledigt.

Der Gaslieferungsvertrag mit der Landgemeinde Dölau

wurde, wie die Ueberschreitung des Kapitels C I bei der Hochbauverwaltung (Brennstoffe) um 65 000 Mark, die eine Folge der starken Kälte des letzten Winters ist, debattelos genehmigt.

Die Verlängerung des Pachtvertrages mit dem Landwirt Kunze in Reideburg wurde vom Berichterstatter Stadtv. Plönnigs insbesondere mit der Begründung befürwortet, daß der um 3 Mk. erhöhte Pachtpreis angemessen ist und zum andern keine Aussicht bestünde, bessere Pachterträgnisse zu erzielen. Außer den Kommunisten stimmten sämtliche Stadtverordneten für die Magistratsvorlage.

Zur allgemeinen Ueberraschung verzichteten die Vertreter der „einzigen" Arbeiterpartei bei den nun folgenden Grundstücksveräußerungen auf den gewohnten Vortrag ihrer prinzipiellen Bedenken, so daß die Magistratsvorlagen betr. Landaustausch mit der Reichsbahn-Gesellschaft, Baustellenverkauf an der Marsstraße, Grundstücksveräußerung nördlich der Huttenstraße sowie Enteignung von Grundstücksteilen in der Gemarkung Burg einstimmige Annahme fanden. Selbst der Instandsetzung des Milchverkaufshäuschens stimmten die Stalinisten zu, obwohl ihr Organ den dahingehenden Beschluß des Haushaltsausschusses recht geistreich bemängelt hatte. Nach debatteloser und einstimmiger Uebernahme einiger Bürgschaften für Durchführung von Bauvorhaben erlebte das „Haus" eine kleine Sensation. Der Haushaltsausschuß hatte die Magistratsvorlage betr.

Herstellung einer Erholungsgrünanlage bei der Hilfsschule Bölberger Weg

nach eingehender Beratung und wiederholtem Eingreifen des Oberbürgermeisters unverändert angenommen, im Gegensatz zum Bauausschuß, der nicht unerhebliche Abstriche vorgenommen hatte. Aus ganz durchsichtigen Gründen verlangte Herr Tyler Zurückverweisung an den Bauausschuß. Und nun geschah das Ueberraschende: Nachdem sich Stadtv. Minner vom demokratischen Flügel des Bürgerblocks für die Zurückverweisung eingesetzt hatte, wurde sie mit allen gegen die Stimmen der Linken beschlossen. Nach der Definition des Herrn Minner nur, um das Zahlenwerk im einzelnen noch einmal nachzuprüfen, beileibe nicht etwa zu dem Zwecke, den in der Hauptsache von der arbeitenden Bevölkerung bewohnten neuen Stadtteil um die so dringend notwendige Grünanlage zu betrügen. Warten wir also ab!

Nach debattelloser Verabschiedung der Magistratsvorlage betr. Uebereignung städtischen Landes aus der Raffineriestraße und Bewilligung von Straßenumbaukosten, Einbeziehungsfestsetzung von Straßenstrecken des Beesener Straße, der Trotharer sowie der Raffineriestraße sowie Fluchtlinienänderungen zwischen Boelsestraße und Bergschenkenweg und nördlich der Halberstädter Bahn entstand eine kleine Debatte wegen der

Festsetzung der Einkaufsgelder für das Hospital,

an der sich der Stalinkommunist Kutzschbauch und der Leninist Kilian in seiner Eigenschaft als Magistratsdezernent beteiligten. Das Finanzdezernat hat nämlich bezüglich der Einkaufsgelder für das Hospital angeregt, eine Annäherung an die Vortriegssätze anzustreben. Da jedoch die Erfahrung gelehrt hat, daß die meisten Anwärter auf Hospitalstellen kaum über die jetzt festgesetzten Gelder verfügen, so hat der Hospital-Vorstand von einer allgemeinen Erhöhung der Einkaufsgelder abgesehen. Um jedoch diejenigen Anwärter um eine Hospitalstelle, die dazu in der Lage sind, entsprechend heranziehen zu können, hat der Magistrat nach Vorschlag des Hospital-Vorstandes beschlossen: 1. Von einer allgemeinen Erhöhung der Einkaufsgelder für das Hospital wird vorläufig abgesehen, 2. der Hospital-Vorstand hat das Einkaufsgeld in jedem Falle festzusetzen, wobei die jetzigen Sätze als Mindestsätze anzusehen sind, 3. Invaliden-, Alters- und sonstige Renten verbleiben bis zur Höhe von 15 RM. den Hospitaliten; die über den Betrag von 15 RM. hinausgehenden Rentenbeträge sind mindestens zur Hälfte an das Hospital abzuführen.

Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache um die vom Stadtv. Kutschbauch gestellte Forderung auf Belassung von 20 Mk., für die nur die beiden Linksfraktionen stimmten, so daß es bei dem Vorschlage des Magistrats bleibt.

Sehr lustig ging es beim letzten Punkt der Tagesordnung zu Antrag betr.

Aufstellung einer Betsäule

auf dem Hallmarkt lautete die harmlos scheinende Bezeichnung für die vom Bauausschuß in seiner letzten Sitzung erhobene Forderung, die Weiterführung der Aufstellungsarbeiten für die Betsäule so lange einzustellen, bis der Bauausschuß dazu Stellung genommen hat. Der Magistrat hingegen richtet an das Kollegium das Ersuchen, nur davon Kenntnis zu nehmen, daß diese ominöse Betsäule an der Seitenfront der Ulrichskirche nunmehr endgültig zur Ruhe kommen soll. Nur um unserer Ehronistenpflicht zu genügen, wiederholen wir, worum es sich bei dem ganzen Streit handelt. In der Ecke zwischen dem einstigen Mostbäuschen und dem ehemaligen Verwaltungsgebäude der Riebeckwerke stand ein altes, verwittertes steinernes Bildwerk, das die Chronik als Betsäule verzeichnet. Alles, was einst da vorbeizog, soll dort gebetet haben. Die Säule mußte dem Zeitgeist weichen. Ein wohl auf dem Gebiete der Kunst sachverständiger, mit dem modernen Verkehrsleben aber wenig in Berührung kommender städtischer Beamter riet dem Magistrat, die Säule wiederum mitten in den lebhaft flutenden Großstadtverkehr hineinzustellen. Und so kam der Tiefbaurat auf den absurden Gedanken, die Säule auf den Hallmarkt, inmitten der „Hocken" zu placieren. Der Bauausschuß protestierte. Der Verkehrsausschuß hätte zweifellos ein Gleiches getan, hätte man ihn — wie sich das u. E. gehörte — um seine Meinung befragt. Ob es der Protest des Bauausschusses war oder die bissigen Bemerkungen der in ihren Geschäften behinderten Marktleute, steht nicht zweifelsfrei fest. Fest steht nur, daß eines schönen Tages Bauzaun und Betsäule verschwunden waren, um an einer noch viel stärker frequentierten Stelle, nämlich in der Leipziger Straße, neben der Ulrichskirche, fröhliche Urstand zu feiern. Nachdem vorher die dort stehende Litfaßsäule umgelegt worden war. Das war, wie wir berichtet hatten, dem Bauausschuß auch nicht recht, und er hatte nach langem Hin- und Hergereede einstimmig beschlossen, diesen Stein des Anstoßes im Hofe der Moritzburg aufzustellen.

Darum tobte gestern der — von den Kapedisten mit allerlei mehr oder weniger geistreichen Be-

Neues vom Tage

Eine Frau und ein Knabe verletzt

Durch den motorisierten Verkehr wurden am Montag gleich zwei Personen verletzt. Am Nachmittag gegen ½6 Uhr fuhr ein Personenkraftwagen an der Ecke Beesener und Artilleriestraße einen vierjährigen Knaben an und fügte ihm Hautabschürfungen am Kopfe zu, so daß er dem Arzt zugeführt werden mußte. Ernster war ein Unfall, den eine Frau an der Ecke Barbara- und Merseburger Straße beim Ueberschreiten des Fahrdammes erlitt. Sie wurde von einem Personenautomobil überfahren und erlitt am Kopfe stark blutende Verletzungen. Die Frau wurde dem Bergmannstrost zugeführt.

*

Ein Motorradfahrer fuhr am gleichen Tage mittags an der Ecke Marktplatz und Brüderstraße so dicht am Bürgersteig entlang, daß er eine dort gehende Frau anfuhr und ihr den Mantelzerriß.

Glimpflich lief ein Zusammenstoß zweier Tretmobile männlichen und weiblichen Geschlechts an der Moritzkirche ab. Es wurden nur die Räder etwas lädiert, Fahrer und Fahrerin blieben heil.

Der bestohlene Dieb.

Zu dem bereits am Sonnabend aufgeklärten Geldiebstahl vom Jahrmarkt erfahren wir noch folgende Einzelheiten: Mit dem Diebstahl ist, wie jetzt festgestellt wurde, auch ein recht sauberes Ehepaar verknüpft. Bei ihm hatte nämlich der Dieb einen Teil seines erbeuteten Geldes in der frohen Hoffnung zur Aufbewahrung niedergelegt, daß er bei „lauseigeren" Zeiten einen Notgroschen hätte. Er hatte aber stillschweigend bei diesen Leuten eine Tugend vorausgesetzt, die er selbst nicht besaß: Ehrlichkeit. Das Ehepaar stahl ihm seine Beute. Eine Lehre für junge Kavaliere gibt schließlich die ganze Angelegenheit noch: Kleide deine Puppe nicht allzu fein ein, sonst geht es dir wie dem jungen Langfinger dieser Geschichte; er bekam, als er seine Dame in Schale gebracht hatte, von ihr den Laufpaß, weil er in seiner schäbigen Kleidung nicht mehr zu ihr passe. Also Vorsicht, Kavaliere!

Großfeuer in der Laube.

Am Montag 13.30 Uhr wurde die Feuerwehr nach einem Obstgarten hinter der Gastwirtschaft Sanssouci" an der Straße Frohe Zukunft gerufen. Dort war eine Laube durch aus einem Ofen herausfallende Funken in Brand geraten. Die Feuerwehr konnte nach etwa ½stündiger Tätigkeit wieder abrücken. Die Laube brannte vollständig nieder.

Einbruch im Waisenhaus. Vergangene Nacht wurde im Waisenhaus ein Einbruch verübt, bei dem Sachen im Werte von 250 bis 300 Mk. gestohlen wurden. Der Täter ist gefaßt und geständig.

Wasserleiche. Gestern abend wurde am Trothaer Felsen die Leiche eines 35jährigen Mannes aus der Saale gezogen. Es handelt sich hier um einen bereits seit dem Beginn des Monats vermißten Hallenser.

Bewußtlos aufgefunden. Gestern nachmittag wurde auf dem Unterplan eine 46jährige Frau bewußtlos in ihrer Wohnung aufgefunden. Anscheinend liegt Vergiftung vor. Sie wurde der medizinischen Klinik zugeführt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0003

merkungen begleitete — Streit. Herr Härtel von der Lagerhaltersparte übte sich wieder mit besonderem Erfolg in Stilblüten; er bekam „das Gruseln" und verlangte Ueberweisung des Steins an das Museum für Vorgeschichte oder Verwendung des Steinmaterials für Straßenpflasterung. Kilian hingegen meinte, das ganze würde später einmal willkommener Stoff für eine Komödie geben. — Höcker schlug vor, die Säule dem Stadtverordnetenvorsteher zu schenken als dankbares Zeichen für die Bekämpfung der Kommunisten, ein Anerbieten, das Herr Busse ablehnte, weil er über keinen eigenen Park zur Aufstellung verfüge. — Spaßig wirkte auch der Fraktionsführer des Bürgerblocks, Herr Hirsch, mit seiner allen Ernstes aufgestellten Behauptung, das Ding würde, aufgestellt an einer vom Verkehr umbrandeten Stelle, einen willkommenen Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr bilden. Nachdem solchermaßen sich auch noch Stadtv. Dr. Schulz geäußert und Stadtbaurat Jost den Versuch unternommen hatte, für die Wahl des Ortes einen plausiblen Grund zu finden, wurde der Bauausschußantrag angenommen mit einem vom Stadtv. Schumann begründeten Zusatz, für die Aufstellung auch noch den Promenadenring ins Auge zu fassen. Also: mal so, mal anders!

Nachdem so in einer guten Stunde die 23 Punkte der Tagesordnung erledigt worden waren, schritt das Kollegium zur Behandlung zweier Dringlichkeitsanträge. Der erste war vom Magistrat und verlangte Erhöhung des Betriebskapitals des in eigener Regie betriebenen Stadtgutes Beesen um 45 000 Mk. aus bereiten Mitteln. In einigen Monaten soll die Summe zurückgezahlt werden. Das Kollegium stimmte debattelos zu.

Sodann begründete JAH.-Härtel einen Dringlichkeitsantrag, allen städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten

den 1. Mai unter Fortzahlung des Lohnes freizugeben.

Die sozialdemokratische Fraktion hatte einen gleichen Antrag eingebracht, doch sollten Maßnahmen getroffen werden, daß die lebenswichtigen Betriebe aufrechterhalten würden. Eine Anrechnung des Maitages auf den Ferienurlaub sollte nicht erfolgen.

Der Stalinist Härtel interessierte mit seiner Rede so kolossal, daß bald im ganzen Saale die schönste Privatunterhaltung im Gange war, soweit man es nicht vorgezogen hatte, gleich einigen Kavedisten draußen die Güte des „Original-Münchener" zu probieren. Aus dem allgemeinen Geräusch hörte man des öfteren mit besonderer Betonung hervorgestoßene Worte wie Sozialfascisten, Verräter, Steigbügelhalter der Bourgeoisie, Bluthunde, Grzesinski, woraus zu schließen war, daß der Redner wieder mal die Sozialdemokratie ganz gehörig „brandmarkte". Ernsthaft zugehört hat außer dem Vorsteher, der ja pflichtgemäß tun muß, und dem neugebackenen Stadtvater wohl kaum noch jemand. Ist ja auch nicht notwendig, die Hauptsache ist, daß heute das Rubelblättchen den fettgedruckten Radau schlägt über die Verworfenheit der SPD.

Stadtv. Schaumburg (Soz.) würdigte dem Gebelfer die Ehre einer sachlichen Antwort. Der Redner wies den Vorwurf zurück, daß die Sozialdemokratie Handlanger der Bourgeoisie sei. Wenn der 1. Mai neuerdings auch in Bremen und Braunschweig gesetzlicher Feiertag sei, so sei das doch bestimmt nicht den Kommunisten zu danken. Den Kommunisten sei es bei ihrem Auftreten jedoch nicht um die Propagierung des Maigedankens zu tun, sondern nur, um auf die preußischen Minister und die SPD. zu schimpfen. Man drischt immer wieder die alten Phrasen. Die Gewerkschaften haben ihre Forderungen klar herausgestellt, Forderungen, die mit Klamauk nichts zu tun haben. Mit Transparenten, Kindersprechchören und ähnlichen Störungen habe man verschiedentlich zum Gaudium der Gegner die Maidemonstrationen behindert, weshalb man sich nicht wundern dürfe, daß der vernünftige Teil der Arbeiterschaft es ablehnt, mit Elementen gemeinsame Sache zu machen, die sich gegenseitig mit Dolch und Schlagring bearbeiten. Weil uns die Arbeiterschaft zu schade ist, von politischen Geschäftemachern mißbraucht zu werden, lehnen wir eine gemeinsame Sache mit der KPD. ab.

Die Moskowiter steckten die Prügel nahezu widerspruchslos ein, hörten noch ein kurzes Verlegenheitsgestammel ihres Bonzen an und Schluß wars mit der Musike.

Beide Anträge wurden abgelehnt, ein Ergebnis, das die Stalinisten zweifellos mit Stolz erfüllen wird.

Eßt auch im Sommer Seefisch!

Wir leben im Zeitalter der Werbeveranstaltungen und -kundgebungen. Für alle möglichen politischen und kulturellen Fragen wird die Werbetrommel gerührt. Warum also nicht auch einmal für den Seefisch, besonders da es sich hier um ein außerordentlich wichtiges Nahrungsmittel handelt. Und so wird denn also auf Veranlassung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft **vom 28. April bis 4. Mai eine Werbewoche zur Hebung des Seefischkonsums veranstaltet.**

In Deutschland ist es eine bedauerliche Tatsache, daß der Seefisch während der Sommermonate nicht den erforderlichen notwendigen Absatz findet, da in weiten Kreisen das Märchen von der Ungenießbarkeit dieses Artikels im Sommer verbreitet ist. Diesem Aberglauben muß in aller Oeffentlichkeit energisch entgegengetreten werden. Denn gerade während der warmen Jahreszeit, in der sich der Fisch in bestem Futterzustand befindet, ist er besonders nahrhaft, wohlschmeckend und bekömmlich. Eine sehr törichte Annahme findet leider auch noch immer Bestätigung, nämlich die Anschauung, daß die Fische im Sommer giftig seien. Es ist nachgewiesen, daß in den Jahren 1900 bis 1910 nur vier Fischvergiftungen gegenüber 261 Fleischvergiftungen bekannt geworden sind. Dieser geringe Prozentsatz der Fischvergiftungen beweist wohl zur Genüge, wie wenig eine ernste Gefahr zu befürchten ist. Auch die Beförderungsmöglichkeiten sind heutzutage so gut — täglich rollen Fischsonderzüge ins Binnenland —, daß die Fischhändler immer frische Ware haben.

Ein wichtiges ausschlaggebendes Moment dürfte besonders auch für die arbeitende Bevölkerung der verhältnismäßig billige Preis des Fisches im Sommer sein, da dann normalerweise das beste Fangwetter herrscht, das natürlich auch preissenkend wirkt.

Uebrigens ist nur in Deutschland die irrige Meinung von dem schädlichen Genuß des Seefisches im Sommer verbreitet. In den nordischen Ländern, besonders in England und Norwegen, ist im Sommer ein erheblich größerer Fischkonsum zu verzeichnen als in den anderen Jahreszeiten, da diese Länder sehr richtig erkannt haben, daß gerade im Sommer der Fisch wegen seiner leichten Verdaulichkeit besonders zuträglich ist.

Fische sind bedeutend gesünder und nahrhafter als Fleisch. Um dem Fischkonsum während der warmen Jahreszeit auch in Deutschland mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wird in der genannten Werbewoche in allen Schulen durch Plakate auf die Zweckmäßigkeit des Seefischgenusses aufmerksam gemacht. In Halle sollen in den entsprechenden Kochklassen der Schulen Fischgerichte zubereitet werden. Auch der Hausfrauenverein wird in der Fischküche, Große Ulrichstraße, am Mittwoch und Donnerstag besagter Woche Fischkochproben an die Besucher gratis verabreichen.

Also: Eßt Fisch, und Ihr bleibt gesund und frisch! Li.

Walhalla. Täglich 20 Uhr bieten 10 Varieté-Attraktionen von Weltruf eine Parade artistischer Höchstleistungen, mit „Musik aus der Luft", Karl Napp, Fachmann, 5 Winstons usw. Am kommenden Sonntag, dem 28. April, nachmittags ½4 Uhr große Fremden- und Familienvorstellung. Das gesamte Programm bei kleinen Preisen ab 0,40 bis 2,50 Mk. Jeder Erwachsene hat bei dieser Vorstellung ein Kind frei.

Der 1. Mai in Wettin

Veranstaltungen der Sozialdemokratischen Partei

Wettin, 22. April.

Der Ortsverein Wettin der SPD. hat für den 1. Mai ein würdiges Festprogramm beschlossen, nachdem er die übliche, unehrliche Zumutung der KPD., mit ihr gemeinsam zu feiern, ganz entschieden und einmütig abgelehnt hatte. Am Nachmittag des 1. Mai wird ein Spaziergang mit den Familienmitgliedern nach den schönen Anlagen des Großen Schweizerling unternommen, wo ein Gartenkonzert stattfindet. Abends findet die eigentliche Maifeier im Gasthof „Zum Stern" statt. Außer einer Festrede des Parteivorsitzenden Kramer weist das Programm Rezitationen der SAJ. und ein von Partei- und Jugendmitgliedern aufgeführtes Theaterstück „Auch wir sind Menschen" auf. Der Rest des Abends ist der Geselligkeit gewidmet.

Die Mitgliederversammlungen des Ortsvereins der SPD. erfreuen sich jetzt zunehmenden Besuchs. Das zeigte auch die letzte Monatsversammlung mit eingeladenen Gästen am Sonnabend. Kurt Brenner (Halle) nahm in dieser Versammlung in über einstündigen Ausführungen Stellung zur politischen Lage und fand mit seinen Ausführungen das Interesse und den Beifall der Anwesenden. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen.

*

Die nächste Stadtverordnetenversammlung am 24. d. M. weist folgende Tagesordnung auf: 1. Auflösung des Schulverbandes Döblitz-Mücheln. 2. Zustimmung zum Kaufvertrag mit der Siedlungsgenossenschaft Sachsenland, Halle über den Erwerb des Saalewerders. 3. Verschiedenes.

Feuer in Ammendorf.

Montag mittag 12.15 Uhr entstand in Ammendorf in einer Polsterwerkstatt in der Beesener Straße ein Brand. Die herbeigerufene Feuerwehr beseitigte die Gefahr in ¾stündiger Tätigkeit. Personen wurden nicht verletzt.

Feuerwehr-Festtage in Löbejün

50-Jahrfeier und XII. Kreisverbandstag.

Am 11. und 12. Mai wird die Stadt Löbejün im Saalkreis im Zeichen der Freiwilligen Feuerwehr stehen. Die Freiwillige Feuerwehr Löbejün kann an diesen Tagen die Feier ihres 50jährigen Bestehens begehen. In Anerkenntnis dessen hat der Verband der Freiwilligen Feuerwehren des Saalkreises, dem 30 Wehren angehören, bekanntlich im Vorjahre auf seinem Verbandstage in Zscherben beschlossen, den diesjährigen XII. Kreisfeuerwehrverbandstag in Löbejün am gleichen Tage abzuhalten.

Die Veranstaltungen beginnen am Sonnabend, dem 11. Mai, mit einem Kommers- und Begrüßungsabend. Am Sonntagvormittag 9½ Uhr findet der Verbandstag statt, dessen Verhandlungen sich etwa bis 1 Uhr mittags erstrecken dürften. Nach einer Mittagspause zeigt die Löbejüner Feuerwehr eine Schul- und Angriffsübung. Es dürfte mit der Anwesenheit von rund 500 Feuerwehrleuten gerechnet werden. Die Behörden des Saalkreises haben ihr Erscheinen zugesagt.

Zur Bürgermeisterwahl in Könnern.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, hatte sich die letzte Stadtverordnetensitzung in Könnern mit der Wiederwahl des Bürgermeisters zu beschäftigen. Das Stimmenverhältnis war bemerkenswert. Acht volle Tage hat nun das Leib- und Magenblättchen des Stadtoberhauptes gebraucht, um die Niederlage zu veröffentlichen. Es bedauert dabei, daß das Stimmenverhältnis trotz geheimer Sitzung an die Oeffentlichkeit gekommen sei. Warum? Sollen die Bürger nicht erfahren, wie es mit den Sympathien für das Oberhaupt der Stadt Könnern steht? Es wird dann noch ein besonderes Loblied angestimmt und betont, daß Herr Twiehaus-Wiele doch nur „das Beste" für die Stadt gewollt hätte. Das hat ihm noch niemand abgestritten, aber Tatsache ist doch, daß er es nicht verstanden hat, mit den städtischen Körperschaften so zu arbeiten, wie es zum Wohle einer Stadt sein müßte. Das zeigt doch auch das Abstimmungsergebnis. Es ist doch nicht nebensächlich, wenn bei einer Zusammensetzung von acht bürgerlichen Vertretern, vier SPD. und vier KPD. nur drei Stadtväter den scheidenden Bürgermeister halten wollten.

Betrübt schreibt der „Anzeiger": „Leider haben auch fünf bürgerliche Vertreter gegen den Bürgermeister gestimmt." Es wird dann von Pension usw. geschrieben, und zuletzt kommt das Blättchen auf die nun notwendig gewordene Neuwahl des Bürgermeisters zu sprechen und meint, daß bei den augenblicklichen Mehrheitsverhältnissen nur ein Kompromiß der Bürgerlichen mit den Sozialdemokraten eine Lösung bringen kann.

Wir glauben, es ist etwas sehr früh, sich heute schon darüber den Kopf zu zerbrechen. Warten wir die weiteren Dinge ab! Auch Könnern wird seinen neuen Bürgermeister wieder bekommen.

Die ihrer Mutter Namen tragen

Roman von Ella Kobold-Weygandt

29] (Nachdruck verboten.)

Plötzlich mußte sie wieder an den gestrigen Abend und an die Worte denken: Niemand soll es wissen." Da war auch schon eine schnelle Frage ganz unvermittelt ihrem Munde entschlüpft.

„Warum soll ich nicht Vater zu dir sagen?"

„Das geht jetzt noch nicht."

„Warum nicht?"

„Es würde dir schaden, Anneberte, nur dir. Du würdest mehr leiden müssen, und vielleicht würde auch das Gegenteil von dem geschehen, was du in deinem Drang nach Reinheit und Wahrheit wünschest."

Anneberte verstand das alles nicht.

Leise begannen zwei Weltanschauungen sich zwischen ihnen gegeneinander aufzurichten. Auf der einen Seite stand das Naturkind mit dem kategorischen Impuls zur Wahrheit, mit dem Mut, seine Schande gegen alle Welt zu verteidigen, und ihr gegenüber der abgeklärte Mann mit der großen Lebenserfahrung, der alles Handeln kühl und sachlich abwog.

Von neuem nahm Anneberte den Kampf auf.

„Immer habe ich lügen müssen vor den Menschen, aber ich kann es nicht mehr, und ich will es auch nicht mehr, es macht mich klein, es erniedrigt mich vor den andern. Das ertrage ich nicht mehr. Ich laufe herum wie ein lebender Beweis für einen Fehltritt anderer."

Wieder geschah nicht das, was Anneberte nun erwartete, was sie beinahe fürchtete, und dem sie doch die Stirn bieten wollte.

Der Freiherr wurde weder verstimmt, noch suchte er nach Worten, die ihn hätten rechtfertigen können. Bedachtsam und von einer lebhaften Anteilnahme durchklungen war seine Entgegnung:

„Ich verstehe deine Ansichten vollkommen. Deine Jugend und Unverdorbenheit geben dir durchaus das Recht, so zu sprechen. Du stellst dich in einen Kampf gegen die herrschenden Vorurteile und verlangst die Beseitigung derselben. Auch ich verdamme sie, aber ich muß zurzeit noch mit ihnen rechnen. Die Moralbegriffe der Welt haben mit wahrem Menschentum in mancher Hinsicht recht wenig zu tun, züchten Heuchelei und bringen unsagbares Elend über solche und deren Kinder, die der Stimme ihres Herzens folgten, ohne den staatlichen und kirchlichen Vorschriften vorher gerecht geworden zu sein.

Sich heute aber als einzelner dagegen aufzulehnen, wäre zwecklos und verfehlt, und würde nur dem Spott und der Verachtung seitens der Menge neue Nahrung geben."

Diese Worte tanzten um Anneberte wie Schattenwesen, nach denen sie noch vergeblich zu greifen suchte.

„Wie du das alles zu sagen weißt, Onkel Horst. Wenn wir jetzt zusammenbleiben, wenn ich mit dir nach Berlin gehe, werden wir uns noch oft darüber unterhalten."

*

Einen neuen Weggenossen hatte Horst von Echtern-Wedel gefunden. Anneberte, sein Kind, Renates Kind.

Der Manager.

Der Freiherr hatte seine Abreise nach Berlin um eine Woche hinausgeschoben. In den nächsten Tagen fand er wenig Zeit, sich Anneberte zu widmen.

Einige Male hatte er das Gespräch auf den Manager gelenkt, hatte so ganz nebenher nach seiner Wiener Adresse gefragt. Dann war er plötzlich abgereist und hatte ihr telephonisch mitgeteilt, daß er in eiligen Geschäften nach Wien müsse. In zwei Tagen sei er zurück.

War da wieder ein Geheimnis, das ihr Vater vor ihr verbarg? Diese Reise nach Wien stand in irgend einem Zusammenhang mit ihrem Schicksal, das fühlte sie.

Mit seltsamen Augen betrachtete Tauscher sie, als er am nächsten Vormittag zum Frühstück im Speisesaal erschien.

„Nanu, noch hier? fahren Sie heute nicht aus?"

Warum lächelte er so spitz, so listig? Ihre Unruhe glitt in Verlegenheit. Konnte er etwas erfahren haben? Sie hatte ihm bisher den Zweck ihrer Ausfahrten verschwiegen, hatte sich dem Wunsche ihres Vaters gefügt. Das machte sie schuldbewußt und befangen. Tauscher jedoch deutete ihr Benehmen anders.

„Ist's aus mit dem Freund ———?"

Ganz starr sah sie ihn an, sah in seinen Augen häßliche Gedanken, flackernde, spähende Gedanken.

Das war ja gar nicht mehr der gütige, alte Herr, der sie in Wien aufsuchte, um ihr den Weg zu großen Erfolgen zu zeigen ———.

„Ich verstehe nicht, was Sie damit sagen wollen?" Ganz gelassen kamen die Worte von ihren Lippen. Sie wunderte sich, wie ruhig sie das sagen konnte, und gewann mit jeder Sekunde an Sicherheit.

„Wie kommen Sie nur auf den Gedanken, daß ich einen Freund habe?"

Tauscher fühlte sich durch ihre Gegenfrage entwaffnet, dann rückte er sich zurecht.

„Ach Gott, Fräulein Laurin, wozu die Spiegelfechterei? Ich bin doch Mensch. Warum sollen Sie nicht einen Freund haben? Ich möchte beinahe sagen, es ist notwendig, es gehört zu Ihrer Kunst, zu der Karriere, die Sie vor sich haben. Grafen und Fürsten, Barone und ——— Freiherrn ——— müssen sich um Ihre Gunst bewerben, müssen zu Ihren Füßen liegen. Das erst gibt Ihnen den großen Nimbus. Damit holen Sie aber auch die größten Gagen aus Ihren Engagements heraus."

„Das müssen Sie mir genauer erklären, Herr Tauscher."

Wieder entglitt sie ihm. Es mußte etwas dahinter stecken, ein fremder Einfluß. Wollte der Vogel flügge werden, den er eben erst mit vieler Mühe eingefangen hatte? Oho, dann sollte sie den alten Tauscher kennen lernen! Zur gegebenen Zeit würde er ihr den Kontrakt unter die Nase halten ———.

Erklären sollte er ihr — —; gut, sie sollte ihren Willen haben; sollte wissen, daß er jeden ihrer Schritte überwachte.

„Hatten Sie nicht neulich abend nach Theaterschluß eine Unterredung mit einem Herrn . . . wie heißt er gleich, — ja so, — Freiherr von Echtern-Wedel? Und sind Sie nicht jeden Vormittag bei ihm gewesen?"

Er weidete sich an ihrem Erschrecken: „Gott, Sie brauchen nicht gleich puterrot zu werden, reden wir doch einmal offen. Dieser Freiherr ist doch wohl Ihr ——— Freund ———?"

Sie streckte die Hand gegen ihn aus.

„Nein, das ist nicht wahr. Der Freiherr ist — — — ist ———"

Nun kam es, nun richtete sich zum ersten Male die Lüge in ihr auf; und sie durfte sich nicht dagegen wehren. Scheu sprach sie die Worte aus:

„— ist mein Onkel!"

Sie war besiegt, so fühlte Tauscher. Er lächelte wieder, wie wissend, vertraulich.

„Gut, sehr gut! Sie sind viel klüger, viel — — erfahrener als ich vermutete. Ich schätze das direkt an Ihnen. Allright! es bleibt bei dem Onkel. Ich bin diskret, Fräulein Laurin. Der Freiherr ist Ihr Onkel! Ich denke, nun verstehen wir uns vollkommen."

Noch begriff Anneberte nicht ganz den niedrigen Zynismus seiner Worte.

„Sie sagen das so sonderbar, so, als ob Sie mir nicht glaubten ———."

„Bitte, lassen wir es dabei: Der Freiherr ist Ihr Onkel! Nur eins dürfen Sie nicht vergessen, der Theaterdirektor wertet in einer großen Künstlerin nicht den Menschen, sondern die Ware, mit der er Geld verdient. Sie haben eine Bombengage, daher sind Sie eine große Künstlerin. Alles, was teuer ist, erscheint dem Menschen wertvoll, und je teurer man seine Ware verkauft, desto wertvoller wird sie; man muß nur verstehen, sie wertvoll zu machen, indem man sie teuer verkauft ———."

Er hatte sich erhoben, war hinausgegangen, als wollte er Ihr eine Entgegnung unmöglich machen.

*

In den nächsten Tagen vermied Anneberte ein Zusammentreffen mit ihrem Manager. Nur bei den Mahlzeiten saßen sie einander gegenüber, beide in einer fühlbaren Unsicherheit. Furcht und Erbitterung kämpften in ihr mit dem Willen, jede Unterhaltung unmöglich zu machen.

Tauscher hingegen dachte sie durch Nichtbeachtung fester in die Hand zu bekommen. Dabei schwang auch in ihm etwas wie leise Furcht vor der Entschlossenheit, die er von ihrem Gesicht sehr wohl abzulesen verstand.

Dieser Mann mit dem Kopf und dem Gehabe eines ehrwürdigen Patriziers trug eine Maske, hinter der sich brutale Geldgier verbarg.

Nun er zu wissen glaubte, daß sich ein Herr aus allerersten Kreisen um Annebertes Gunst bewarb, verknüpfte er auch diesen Umstand mit seinen Kalkulationen.

Der Freiherr von Echtern-Wedel mußte Vermögen haben, das ging aus seinem ganzen Auftreten hervor. Das Hotelpersonal hatte ihm, durch Trinkgelder gesprächig gemacht, den Attaché als einen sehr freigebigen Herrn geschildert. Da konnte wohl auch etwas für einen klugen Mann abfallen, der den Liebhaber der kleinen Laurin von der richtigen Seite anzupacken verstand. Und Tauscher wollte das im gegebenen Augenblicke tun.

Erst mußte der goldene Vogel warm geworden sein. Nach dieser Richtung hin erschien ihm Annebertes Taktik ganz unzweckmäßig. Sie durfte ihm nicht so weit entgegenkommen, durfte nicht täglich mit ihm zusammen sein.

Am Morgen nach der Rückkehr ihres Vaters trat Tauscher in ihr Zimmer. Sie war im ersten Augenblick ein wenig verwirrt, denn sie hatte eben den Mantel übergezogen, um ihren Vater aufzusuchen.

Ob Tauscher das vermutete? Trotz erwachte in ihr und auch Furcht vor seinem Blick. Unehrlichkeit lag darin, irgend eine Absicht, die er vor ihr verbarg.

„Sie wollen ausgehen?" Harmlos warf er die Frage hin.

Jetzt lügen, eine Ausrede suchen? Nein, ihm ins Gesicht schreien, daß sie zu ihrem Vater gehen, ihm erzählen will, mit welch' häßlichen Worten er von ihm gesprochen.

„Ja, ich muß heute vormittag noch meinen Onkel sprechen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0004

Arbeitende Jugend

Jugend und soziale Fürsorge

Jugendstrafrecht und Jugendgerichtshilfe

Von Enno Henke (Eisleben)

Von den vielen Versuchen, der Jugend in der Gesetzgebung die Stellung zuzuweisen, die ihr auf Grund ihrer besonderen körperlichen und geistigen Verfassung gebührt, kann das Jugendgerichtsgesetz vom 16. Februar 1923 als besonders gelungen bezeichnet werden. Wenn die Erfahrungen, die mit diesem Gesetz gemacht worden sind, freilich auch noch gering sind, wenn auch der Kampf der Meinungen über das Problem in den Fachzeitschriften und der großen Tagespresse noch recht lebendig ist, so muß doch anerkannt werden, daß das Gesetz gründlich abkehrt von der bisherigen, verhängnisvollen Auffassung, daß der Jugendliche als die „Miniaturausgabe eines Erwachsenen" zu betrachten und die durch den jugendlichen Rechtsbrecher verwirkte Strafe daher lediglich „entsprechend seiner Jugendlichkeit" abzumildern sei, wohlverstanden: nach den für die Erwachsenen geltenden strafrechtlichen Bestimmungen! Daran, daß eine derartige Regelung nicht im wohlverstandenen Interesse der Jugendlichen lag, vermochten auch die hier und da, auch schon vor dem Kriege, von der Justiz im Verwaltungswege getroffenen Anordnungen einer besonderen Behandlung der jugendlichen Rechtsbrecher, z. B. die Einrichtung besonderer Jugendgerichte, Jugendgerichtshilfen usw. nichts zu ändern. Die entscheidende Wendung brachte erst das Jugendgerichtsgesetz. In diesem Gesetz klingen die durch die vorhergehenden Beratungen des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes (vom 9. Juli 1922) angestrichenen Saiten wohltönend nach. Durch die nüchternen Paragraphen zieht der Geist neuen Wollens und neuen Verstehens. Das hervorstechende Merkmal des Gesetzes ist neben der Heraufsetzung der Strafunmündigkeit auf 14 Jahre (früher 12 Jahre) die Möglichkeit des

Ersatzes der Strafe (der Vergeltung für begangenes Unrecht) durch Erziehungsmaßnahmen.

Betroffen werden von diesen Maßnahmen jugendliche Rechtsbrecher, die über 14 Jahre, aber noch nicht 18 Jahre alt sind. Hält das Jugendgericht Erziehungsmaßnahmen für ausreichend, so ist von Strafe abzusehen.

Es kann demnach erkannt werden auf

1. Strafe allein.
2. Strafe und Erziehungsmaßnahmen.
3. Erziehungsmaßnahmen allein.
4. Bei Vergehen und Uebertretungen kann das Gericht in besonders leichten Fällen von Strafe überhaupt absehen (§ 9 Abs. 4).

Letzteres bedeutet zwar eine Schuldigerklärung, zugleich aber Straffreiheit. Hat ein Jugendlicher eine mit Strafe bedrohte Handlung begangen, so gelten für die Strafbemessung folgende Vorschriften:

Statt auf Todesstrafe oder auf lebenslängliches Zuchthaus ist auf Gefängnis von einem bis zu zehn Jahren,

statt auf lebenslängliche Festungshaft ist auf Festungshaft von einem bis zu zehn Jahren zu erkennen.

Sind andere Strafen angedroht, so ist die Strafe zwischen dem gesetzlichen Mindestbetrage der anzuwendenden Strafart und der Hälfte des Höchstbetrages der angedrohten Strafe zu bestimmen.

Ist Zuchthausstrafe angedroht, so tritt an ihre Stelle Gefängnisstrafe.

Ist die Tat ein Vergehen oder eine Uebertretung, so kann in besonders leichten Fällen von Strafe abgesehen werden.

Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt oder einzelner bürgerlicher Ehrenrechte, auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde sowie auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht darf nicht erkannt werden.

Wie bereits erwähnt, haben sich schon vor Inkrafttreten des Jugendgerichtsgesetzes private Vereinigungen, sogenannte Jugendgerichtshilfen, mit den jetzt den Jugendämtern gesetzlich übertragenen Aufgaben befaßt. So sehr anerkannt werden kann, daß sie Ersprießliches geleistet haben, so hatten ihnen doch durchweg zu sehr der Mangel der „Wohltätigkeit" an. Während die Wohltätigkeit sich im großen und ganzen immer nur auf Einzelfälle beschränken kann, tritt

die öffentliche Wohlfahrt der Gesamtheit der Fälle ohne etwaige Rücksicht auf standesmäßige, konfessionelle oder parteipolitische Bindungen entgegen, ist also sozial. Die Arbeit wird dadurch zum Selbstzweck, persönliche Vorbeeren verschwinden. Die Tätigkeit der jetzt bei jedem Jugendamt bestehenden Abteilung „Jugendgerichtshilfe" kann in drei große Abschnitte zerlegt werden:

1. Die Mitwirkung im Vorverfahren.
2. die Mitwirkung bei der Hauptverhandlung,
3. die Fürsorge nach erfolgter Verurteilung.

Ist ein Strafverfahren gegen einen Jugendlichen eingeleitet, so benachrichtigt der Staatsanwalt längere Zeit vor der Hauptverhandlung das Jugendamt. Dieses bestellt sich ungesäumt eine Vertrauensperson, den „Helfer", der in eingehendster, manchmal recht mühevoller Weise festzustellen hat, wie die wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse des Beschuldigten sind, welches Vorleben der Jugendliche geführt hat, wie sein Erziehungsstand in der Schule war, ob die Wohnung geräumig und geordnet ist, ob genügend Betten für beide Geschlechter vorhanden sind, welchen Leumund Eltern und Geschwister haben, ob der Jugendliche schon früher mit dem Strafgesetz in Berührung gekommen ist, ob Neigung zu irgendwelchen schlechten Charaktereigenschaften vorliegt usw. usw. Kurzum, der Helfer hat festzustellen,

welche Umstände den Jugendlichen zu der Straftat veranlaßt haben oder veranlaßt haben können.

Die Ergründung der Straftat selbst ist Sache des Gerichts. Weiter hat sich der Helfer gutachtlich dazu zu äußern, „ob der Jugendliche zur Zeit der Tat nach seiner geistigen und sittlichen Entwicklung fähig war, das Ungesetzliche der Tat einzusehen oder seinen Willen dieser Einsicht gemäß zu bestimmen". Wird diese sogenannte „Einsichtsfrage" verneint, so bleibt der Beschuldigte straffrei.

Für weibliche Jugendliche werden mit bestem Erfolg die Außenfürsorgerinnen bestellt werden können.

Nachdem das Jugendamt das umfangreiche Material in die Hand bekommen hat, das ihm nun schon ein ziemlich fertiges Charakterbild des Jugendlichen zeigt, ladet es, wo immer die Verhältnisse es irgendwie zulassen, den Jugendlichen mit seinen Erziehungsberechtigten vor, um den Jugendlichen aufzurichten und zu ermahnen und mit den Erziehungsberechtigten die weiteren Schritte zu beratschlagen, auch noch im Bericht etwa vorhandene Lücken auszufüllen.

Bei der Berichterstattung ist unbedingt jede Schönfärberei zu vermeiden, weil diese nicht nur dem Jugendlichen selbst mehr schadet als nützt, sondern auch geeignet ist, das Vertrauen von Staatsanwalt und Gericht in die Zuverlässigkeit der Berichterstattung des Jugendamtes zu erschüttern.

Inzwischen erhält nun das Jugendamt auch Mitteilung des Termins der Hauptverhandlung, die übrigens grundsätzlich unter strengstem Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindet. Befindet sich das Jugendgericht am Sitze des Jugendamtes, so wird sich die Teilnahme des Sachbearbeiters (es muß eben nicht immer der Direktor sein) leicht ermöglichen lassen. Neben dem Beschuldigten, dessen gesetzlichen Vertreter, dem Verletzten, der meistens als Zeuge auftreten wird, ist dem Jugendamt, d. h. einem Vertreter desselben, die Teilnahme an der Hauptverhandlung gestattet. Der Vertreter hat gegenüber dem Jugendlichen aber lediglich die Stellung eines Beistandes, nicht etwa eines Verteidigers. Auf Verlangen wird ihm das Wort erteilt, ein Fragerecht steht ihm nicht zu.

Die Teilnahme eines Vertreters des Jugendamtes ist sehr wichtig. Z. B. können, ohne daß weitere Termine, die immer für den Angeklagten und seine Angehörigen eine starke seelische Belastung bedeuten, notwendig werden, etwa noch bestehende Mißverständnisse oder Mängel durch mündliche Aussprache geklärt werden. Auch aus der Praxis des Jugendgerichts, der Art der Verhandlungen, schöpft der Vertreter Erfahrungen, die nicht nur zur Vertiefung der Arbeit des Jugendamtes dienen, sondern auch dazu beitragen, daß sich die Arbeit zwischen Jugendrichter und Jugendamt möglichst reibungslos vollzieht und das gegenseitige Vertrauen gestärkt wird, ohne das eine ersprießliche Arbeit in der Jugendgerichtshilfe undenkbar ist. Wichtig ist auch, daß das Jugendamt auf diese Weise immer in enger Fuchtühlung mit dem Jugendlichen bleibt, der in den überwiegenden Fällen später doch in dieser oder jener Hinsicht der weiteren Fürsorge des Jugendamtes unterstehen wird. Der jugendliche Gesetzesverletzer wird immer dankbar empfinden, daß das Jugendamt ihn auch in seiner „schweren Stunde", nämlich während der Gerichtsverhandlung, nicht allein läßt. Das stärkt das Vertrauen zum Jugendamt und erleichtert diesem die kommende Fürsorgearbeit.

Ueber den dritten Abschnitt der Tätigkeit der Jugendgerichtshilfe nur noch einige Ausführungen. Bei ausführlicherer Behandlung würde ein Gebiet gestreift werden müssen, das über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgreift. Erfolgt die Bestrafung des Jugendlichen, so wird ihm in den meisten Fällen wohl Strafaussetzung zugebilligt werden, die 2 bis 5 Jahre beträgt. Während dieser Bewährungsfrist wird dem Verurteilten Gelegenheit gegeben, zu zeigen, daß er gewillt ist, nicht wieder vom geraden Wege abzuweichen. Er untersteht während dieser Zeit meistens der Schutzaufsicht des Jugendamtes bzw. des bisherigen Helfers, die ihn bei allen entscheidenden Schritten mit Rat und Tat unterstützen und in bestimmten Zeiträumen den Jugendrichter über seine Führung berichten. Besteht der Jugendliche die Probezeit, dann wird die Strafe erlassen, der Fleck aus der Jugendseite seines Lebensbuches ist getilgt.

Wenn, wie bereits erwähnt, die Organisationen der freien Liebestätigkeit als Träger der Jugendgerichtshilfe aus den oben angeführten Gründen nicht in Frage kommen können, so müssen wir doch danach streben, sie zur Mitarbeit zu gewinnen, besonders für die Ermittlungen vor der Hauptverhandlung und später als Schutzaufseher. Je näher der Helfer oder Schutzaufseher in seinen Lebensbeziehungen der Not des Jugendlichen steht, also seiner Umwelt entstammt, um so fruchtbarere Arbeit wird er an ihm leisten können. Da die Arbeiterkinder den größten Teil der straffälligen Jugendlichen stellen, eröffnet sich hier der Arbeiter-Wohlfahrt ein großes und dankbares Gebiet der „Seelsorge", wie wir sie als Sozialisten verstanden wissen wollen. Wir andern aber, die wir in der öffentlichen Fürsorge stehen, wollen über die Türen unserer Amtsstuben und in unsere Herzen in leuchtenden Lettern das schöne Wort

„Der Mensch ist gut"

einprägen. Hier nützt keine Beherrschung der Gesetze, nicht der nüchtern wägende Verstand, nicht die Ueberheblichkeit des Unbestraften, sondern nur tiefes Mitgefühl und Verstehen für den gestrauchelten Bruder, für seine soziale Not, und der ernste, unbeugsame Wille, den jungen Menschen durch tatkräftige Hilfe für die Gesellschaft, über deren Gesetze er stolperte, als sittlich und seelisch gekräftigten Menschen zurückzuverobern.

Mitarbeit

freiwilliger Helfer in der Jugendwohlfahrtspflege

Die soziale Arbeit, wie sie früher meist von privaten Vereinen ausgeübt und in den Nachkriegsjahren von staatlichen und städtischen Behörden übernommen und ausgebaut wurde, ist heute weiten Kreisen der Bevölkerung bekannt, obwohl sie nicht mehr wie in den Jahren der Inflation mit Hunger und Verelendung die Frage der Zeit ist. Arbeitgeber und Arbeitnehmer erkennen das Zweckmäßige des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenversicherung, der Berufsberatung an, Eltern und Erzieher wissen, welche Hilfe ihnen das Jugendamt leisten kann, wirtschaftliche Not wird von den Fürsorgestellen zu bekämpfen versucht. Weit weniger bekannt ist aber, wie gerade der Ausbau der Arbeit die ungeheure Fülle der fürsorgerischen und erzieherischen Möglichkeiten aufgedeckt und das Maß von Arbeit, das noch zu leisten wäre, gezeigt hat.

Wer leistet nun aber diese Arbeit und wie hilft jeder Einzelne dabei mit?

Denn es ist ja nicht damit getan, daß die Allgemeinheit sich nur gedanklich an dem Zustandekommen der sozialpolitischen Gesetze beteiligt und ihre praktische Durchführung bestimmten Berufskreisen überläßt, sondern es liegt im Kern alles sozialen Tuns, daß sein Träger das Volk bleibt. Das weite Gebiet des Fürsorgewesens braucht die ehrenamtliche Mitarbeit verantwortungsbewußter Menschen.

Erschwert wird die Uebernahme solcher Arbeit durch das Vielgestaltige und die Kompliziertheit der Aufgaben, die eine gründliche Kenntnis vorhandener Hilfsmöglichkeiten verlangen. Außerdem werden für die Einzelfürsorge reifere Menschen gebraucht, denen die Verantwortung dieser Arbeit klar ist und solche Menschen sind in den meisten Fällen beruflich so beanspruscht, daß ihnen neben ihrer Tagesarbeit die ehrenamtliche Tätigkeit zweifellos eine starke Belastung bedeutet. Daher wird sich zweckmäßig die Mitarbeit auf einzelne Gebiete, z. B. die Jugendwohlfahrt, beschränken.

Immer werden notwendig Menschen gebraucht, die gefährdeten Jugendlichen

Berater und Helfer

sein können und die durch ihr intensiveres Eingehen auf die Persönlichkeit eines Jugendlichen die Arbeit der amtlichen Fürsorge ergänzen. Neben dieser Führung von Schutzaufsichten stellt das Vormundschaftswesen Aufgaben, die nur durch regelmäßige ehrenamtliche Mitarbeit befriedigend zu lösen sind (Vormund, Beistand, Pfleger). Weit weniger kompliziert und daher besonders auch für die Mithilfe jüngerer Menschen geeignet ist die Jugendpflege, die Jugendliche und Kinder in kleine Gruppen zusammenschließt und sie zu gesunden jugendgemäßem Leben und zu geistiger Selbständigkeit erziehen will.

Wo sind nun diese Helfer zu finden? Da es hier um Arbeit an der Jugend geht, werden gerade junge Menschen — vielleicht in der Jugendbewegung stehend oder aus ihr hervorgegangen — als Helfer geeignet sein, weil sie, dem Alter nach den Jugendlichen am nächsten stehend, ihre Interessen verstehen und durch bündische Gemeinschaftserziehung zur sozialen Verantwortung für den Einzelnen verpflichtet sein müßten. Es haben sich bereits aus den verschiedenen Bünden Menschen zu einer „Gilde für soziale Arbeit" zusammengeschlossen, die sich über politische und konfessionelle Differenzierungen hinweg die gemeinsame Aufgabe gesetzt haben, praktische soziale Arbeit im Sinne der Jugendbewegung zu leisten und die Verpflichtung einer ständigen Auseinandersetzung mit den sozialen Ideen in den Bünden wachzuhalten. Mit der Mithilfe der jugendbewegten Kreise kann nur ein Teil der notwendigen Arbeit geleistet werden, es bedarf ebenso der aktiven Anteilnahme von Männern und vor allem auch Frauen aller Stände, um der Vielseitigkeit der sozialen Arbeit gerecht zu werden.

Schön, Bezirksfürsorger'n, Halle.

Die Vertretung der Jugend in den Jugendämtern.

Von E. Lamouse (Halle).

Durch das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, welches am 1. April fünf Jahre in Kraft war, wurde zum ersten Male der öffentlich-rechtliche Anspruch jedes deutschen Kindes auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit anerkannt. Es wurden in ganz Deutschland Jugendämter geschaffen, die jetzt in jedem Stadt- und Landkreis errichtet sind. In der Hand der Jugendämter liegt die Durchführung aller Maßnahmen zum Wohle der gesunden wie auch der gefährdeten bzw. der verwahrlosten Jugendlichen.

Das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz bietet in den Bestimmungen des § 9, 2 die Möglichkeit, mitbestimmend auf die gesamte Arbeit der Jugendämter einzuwirken. Neben einem bis vier leitenden Beamten der Verwaltungsbehörde gehören dem Jugendamt noch die fünfzehn Zahl — mindestens zehn — von in der Jugendwohlfahrt erfahrenen Männern und Frauen an. Zwei Fünftel dieser ehrenamtlichen Jugendamtsmitglieder werden auf Grund von Vorschlägen vom Magistrat oder Kreisausschuß ernannt, die von den freien Vereinigungen zu machen sind, welche sich ganz oder vorwiegend mit der Förderung der Jugendwohlfahrt befassen oder der Jugendbewegung dienen. Die anderen drei Fünftel werden von den politischen Parteien und Religionsgesellschaften besetzt.

Hier ist

in einem Gesetz übrigens das erste Mal die Jugendbewegung genannt,

der, da sie in den letzten zwei Jahrzehnten einen bedeutenden Einfluß auf die Gestaltung der Jugendpflege und -fürsorge ausgeübt hat, hier Rechte gegeben worden sind, die sie sich allerdings bei den ersten Wahlen teils aus Unkenntnis, teils aus Interessellosigkeit nicht gesichert hat. In Halle z. B. haben nur die Naturfreunde (Kinder- und Jugendgruppen, Führung von Schutzaufsichten, starke allgemeine kulturelle Arbeit) einen Vertreter im Jugendamt — als Vertreter einer Gruppe, die zu den vielen Vereinigungen gehört, die, wie das Gesetz sagt, „der Jugendbewegung dienen". Es gibt also auch hier noch wichtige Arbeit für den Halleschen Stadtausschuß der Jugendverbände, denn der Ortsausschuß für Jugendpflege ist ja in Halle eingeschlafen und nur ein Verwaltungsapparat, der nicht die Interessen der Jugend vertreten, auch nicht deren Arbeit anregen und fördern kann, ist vorhanden.

Die Leitung des Jugendamtes

liegt bei dem Jugendamtskollegium, das über die Grundsätze und Richtlinien entscheidet, bei den Vorbereitungen für die Aufstellung des Haushaltsplans, bei der Vorprüfung der Jahresabrechnung und der Erstattung des Jahresberichts mitwirkt, über die Mittelanwendung beschließt und über alle Fragen grundsätzlicher Art entscheidet.

Bei diesem großen Aufgabengebiet ist es nicht gleichgültig, wie die Entscheidungen getroffen werden. Daß die richtigen Menschen ins Jugendamt kommen, muß auf alle Fälle erstrebt werden.

In kleineren Gemeinden, in denen keine eigenen Jugendämter gebildet sind, sind deren Aufgaben den zuständigen Wohlfahrtsämtern übertragen. Es muß aber trotzdem bei im Reichsjugendwohlfahrtsgesetz § 9 genannte Jugendamtsausschuß vorhanden sein. **Auch besonders in diesen kleinen ländlichen Aemtern muß die Jugend vertreten sein,** denn die Nöte der ländlichen Jugendpflege und -fürsorge sind oft viel schwieriger, als die der städtischen, ganz besonders in unseren Industriebezirken. Gerade den ländlichen Jugendämtern fehlte es bisher an geeigneten Ausschüssen und geeigneter Mitarbeit. Es ist also nötig, daß die Jugend bei den nicht allzu fernen neuen Jugendamtswahlen ihre

Ansprüche auf Vertretung

anmeldet. Mindestens die doppelte Zahl der voraussichtlichen Vertreter ist vorzuschlagen. Wählbarkeit (25 Jahre alt sein) zu den öffentlichen Ehrenämtern muß leider vorhanden sein. Bei Ablehnung der Vorschläge kann innerhalb von zwei Wochen Beschwerde beim Regierungspräsidenten eingelegt werden.

Die Vertreter der Jugend in den Jugendämtern (was nicht identisch ist mit der Vertretung in den Ortsausschüssen für Jugendpflege!) müssen unbedingt

mit den Vertretern der Gemeindeparlamente zusammen arbeiten,

die für die Interessen der Jugend eintreten, resp. müssen sie heranziehen zur Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten.

Die Jugendwohlfahrtsarbeit ist ein so überaus wichtiges Gebiet, nicht nur, wie mancher meint, in bezug auf finanzielle Unterstützung aus Mitteln der Jugendpflege, sondern auch ganz besonders in bezug auf die Jugendfürsorge, also des Gebietes der Jugendwohlfahrtsarbeit, welches sich mit der gefährdeten und verwahrlosten Jugend befaßt. Mehr als bisher muß sich die Jugend, besonders die sozialistische Jugend, auch um diese Dinge hier kümmern, denn nur durch aktive Mitarbeit werden wir uns Einfluß sichern und durch diesen bessere gesellschaftliche Verhältnisse schaffen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0005

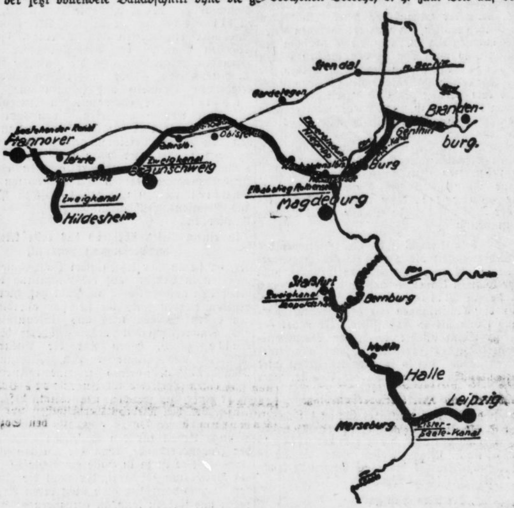
Der Bau des Mittellandkanals

Wie geht es mit seiner Weiterführung?

In den letzten Jahren ist das Werk des Baues von Wasserstraßen für die Wirtschaft wiederholt erörtert worden. Die Verhältnisse haben sich in den letzten Jahren insofern geändert, als die Zahl der Kanalgegner erheblich zugenommen hat. Die Erörterungen haben dazu geführt, daß aus dem Reichswirtschaftsrat, dem Reichswasserstraßenbeirat und dem Reichseisenbahnrat ein Ausschuß gebildet wurde, der über die für die Zukunft einzuschlagende Verkehrspolitik bez. der Wasserstraßen ein Gutachten ausarbeiten sollte. Das Ergebnis der Untersuchungen dieses Ausschusses liegt noch nicht vor. Aber mag auch das Gutachten dahin lauten, daß

der Ausbau weiterer Kanalprojekte nicht befürwortet werden könne,

so wird doch die Vollendung des Mittellandknals erfolgen müssen, da die vorhandenen Kanalsysteme im Westen und Osten Deutschlands ohne die geplante Verbindung sich nicht zur vollen Wirtschaftlichkeit entwickeln können und der jetzt vollendete Bauabschnitt ohne die geplante Fortsetzung bis zur Elbe vollends eine wirtschaftliche Unmöglichkeit darstellen dürfte.



Das Bauprogramm.

Der Mittellandkanal stellt die Verbindung dar zwischen den beiden großen Wasserstraßensystemen im Deutschen Reiche, dem östlichen, das ist die Elbe, den großen Schiffahrtsweg Berlin—Stettin und die Oderwasserstraße umfaßt, und dem westlichen, das sich vom Rhein über den Rhein-Herne-Kanal und den Dortmund-Ems-Kanal bis zur Nordsee und über den Rhein-Weser-Kanal bis zum östlichen Hannover erstreckt. Für das fehlende Stück zwischen Hannover und der Elbe bei Magdeburg bestanden ursprünglich verschiedene Projekte: eine nördliche Linie, eine Mittellinie und eine Südlinie. Man hat sich schließlich auf die Mittellinie geeinigt unter der Voraussetzung, daß das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet durch den Ausbau des sogenannten Südflügels an das allgemeine Kanalnetz angeschlossen würde.

Das vorgesehene Ausbauprogramm umfaßt den Bau eines neuen Kanals von östlich Hannover bis Burg (Anschluß an den Ihle-Kanal), den Ausbau des Ihle- und Plauer Kanals und des teilweisen Ausbaues des Südflügels, nämlich

die Kanalisierung der Saale von Halle bis Kreypau, den Elster-Saale-Kanal

(Anschluß von Leipzig) und einen Anschlußkanal von Bernburg an der Saale nach Staßfurt-Leopoldshall (Anschluß des Kalibergbaues), ferner die Förderung der Saale-Talsperren und gewisse Verbesserungen auf den Saalestrecken Halle—Bernburg und Bernburg—Mündung.

Stand der Bauarbeiten.

Der Hauptkanal ist in den letzten Jahren bereits ein gutes Stück östlich Hannover bis etwa Peine weitergeführt worden, ferner wurde der Stichkanal von Sehnde nach Hildesheim fertiggestellt. Jetzt wird an verschiedenen Stellen der Strecke von Peine bis zum Elbeabstieg nördlich Magdeburg gleichzeitig gearbeitet. Man hatte beabsichtigt, den Kanal und den sogenannten Südflügel bis zum Jahre 1937 fertigzustellen. Infolge der Streckung der für den Bau vorgesehenen Reichsmittel ist jetzt jedoch noch mit einer mindestens zehnjährigen Bauzeit zu rechnen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals.

liegt, wie bereits angedeutet, vor allem darin, daß zwischen dem westlichen und östlichen Kanalsystem in Deutschland eine Verbindung geschaffen werden soll. Außerdem wird

das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet durch das neue Kanalstück und den Südflügel an das allgemeine deutsche Wasserstraßennetz angeschlossen.

Zurzeit vollzieht sich der Austausch der Wirtschaftsgüter zwischen dem westlichen und dem östlichen bzw. mitteldeutschen Wirtschaftsgebiet entweder auf der Eisenbahn oder im sogenannten gebrochenen Verkehr, d. h. zum Teil auf der Eisenbahn, zum Teil auf den vorhandenen Wasserstraßen. Die Fertigstellung des Mittellandkanals würde sich in einer

erheblichen Verbilligung der Frachten

für einen großen Teil dieses gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs auswirken. Das Reichsverkehrsministerium rechnet damit, daß das bei dem eigentlichen Mittellandkanal aufgewandte Kapital schon in den ersten Jahren nach der Fertigstellung aus den Kanaleinnahmen durch den Verkehr mit vier Prozent verzinst werden kann, während auch die Wirtschaft durch Verbilligung der Frachten wesentliche Ersparnisse erzielt. Für den Südflügel wird mit einer ebenso günstigen Rentabilität nicht gerechnet. Man erwartet für die erste Zeit nur eine Verzinsung des Baukapitals mit 1,4 Prozent, aber die Kosten des Südflügels machen nur etwa ein Fünftel der gesamten Bausumme aus.

Die Kosten des Kanals.

Die Kosten der Vollendung des Mittellandkanals einschließlich des Südflügels sind nach den letzten Berechnungen auf etwa 600 Millionen Mark veranschlagt. Bis zum Beginn des Rechnungsjahres 1928 sind bereits für den Hauptkanal 100 Millionen Mark, für den Ihle- und Plauer Kanal etwa 22 Millionen Mark und für den Südflügel (an Vorarbeitskosten) 1,5 Millionen Mark verausgabt worden.

Nach dem Staatsvertrage zwischen dem Deutschen Reiche und den Ländern Preußen, Sachsen, Braunschweig und Anhalt vom 24. Juni 1926 beträgt der auf Preußen entfallende Anteil an den Baukosten des Mittellandkanals 27 Prozent der Gesamtkosten, d. h. etwa 160 Millionen Mark. Die Nächstbeteiligten sollen nach dem Vorschlag der preußischen Staatsregierung von diesem Anteil während der Bauausführung (längstens auf die Dauer von zehn Jahren) 50 Millionen Mark mit 2 Prozent verzinsen und nach Inbetriebnahme des Mittellandkanals 80 Millionen Mark mit 4 Prozent verzinsen und mit 1 Prozent tilgen. Sie nehmen an den Erträgen des Kanals im Verhältnis der von ihnen garantierten Summen teil. Das Reich trägt 66⅔ Prozent der Gesamtbaukosten, die beteiligten Länder tragen 33⅓ Prozent, und hiervon trägt Preußen 27 Prozent, während die anderen 6⅓ Prozent auf die Länder Braunschweig, Sachsen und Anhalt entfallen. Die Nächstbeteiligten, d. h. die Provinzen, haben dem Staate gegenüber die von ihnen geforderten Garantien für den Mittellandkanal bereits übernommen. Das Reich hat nun darüber zu entscheiden, in welchem Tempo die Arbeiten am Kanal weitergeführt werden sollen. Im Interesse einer möglichst umfangreichen Arbeitsbeschaffung wäre es zu wünschen, daß das Reich ebenso entschieden wie die Länder und Provinzen die Förderung dre Arbeiten wünscht.

Gewerkschaftliches.

Der Eisenbahnkonflikt.

Auch die christlich organisierten Eisenbahner betrachten die Lage als sehr gespannt.

Die Gauleiter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner nach Berlin berufen.

Wie die Gauleitung Köln der (christlichen. Red.) Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner mitteilt, hat die Zentrale der Gewerkschaft in Berlin sämtliche Gauleiter aus allen Eisenbahndirektionsbezirken, einschließlich der Gauleiter des 40 000 Mann starken Landesverbandes Bayern, für Donnerstag, den 25. April, nach Berlin berufen, um zu dem Lohnkonflikt mit der Reichsbahn Stellung zu nehmen. Die Gewerkschaft sieht die Lage als sehr gespannt an.

Mitglieder des Baugewerksbundes

Nach einem Beschluß des Ortsausschusses des ADGB. hat am 1. Mai völlige Arbeitsruhe einzutreten. Unsere Mitglieder sind verpflichtet, sich diesem Beschluß zu fügen; auch auf der kleinsten Baustelle hat die Arbeit zu ruhen.

*

In diesem Zusammenhange bringen wir den § 10 Ziffer 2c des neuen Reichstarifvertrages in Erinnerung. Wenn sich unsere Mitglieder vor dem Verlust des Ferienanspruches schützen wollen, muß dem Unternehmer zwei Tage vor dem 1. Mai gemeldet werden, daß nicht gearbeitet wird, was durch Beschluß einer Belegschaftsversammlung geschehen kann. Auf Baustellen, wo Baudelegierte vorhanden sind, kann der Beschluß dem Unternehmer durch diese und evtl. durch listenmäßige Namensunterzeichnung unterbreitet werden, andernfalls muß das jeder Kollege selbst tun. Nur durch die Meldung ist der Schutz gegen den Begriff „tarifwidrige Arbeitsniederlegungen" gegeben.

Deutscher Baugewerksbund, Baugewerkschaft Halle.

Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie.

Berlin, 23. April. (Radiomeldung.)

Im Berliner Metallkonflikt wurde am Montag in später Abendstunde ein Schiedsspruch gefällt.

Dadurch werden die Löhne der qualifizierten Facharbeiter auf 1,12 Mk., d. h. um 6 Pf., die der Gruppe der Facharbeiter auf 1 Mk. oder 5 Pf. pro Stunde erhöht. Die angelernten Arbeiter erhalten eine Lohnaufbesserung von 4 Pf., so daß ihr Mindestlohn jetzt 89 Pf. betragen soll. Der Lohn der ungelernten Arbeiter soll gleichfalls um 4 Pf. auf 84 Pf. pro Stunde erhöht werden. Die Löhne der Arbeiterinnen betragen nach dem Spruch wie bisher 70 Prozent der Männerlöhne und erhöhen sich demnach im gleichen prozentualen Verhältnis wie die Lohnaufbesserungen für die Arbeiter. Das Lohnabkommen soll am 29. April in Kraft treten und bis zum 30. September 1930 gelten.

Die Erklärungsfrist wurde auf den 30. April festgesetzt.

Lohnverhandlungen für die Glasindustrie gescheitert.

Für die Weißhohlglasindustrie fanden dieser Tage im Reichsarbeitsministerium Tarifverhandlungen zur Neugestaltung des Mantelvertrags und der Löhne statt. Bei den Mantelvertragsverhandlungen versuchten die Arbeitgeber Verschlechterungen in der Urlaubs- und Arbeitszeitfrage durchzudrücken. Eine Verschlechterung in der Arbeitszeit wäre auch tatsächlich beinahe den Arbeitgebern infolge der etwas merkwürdigen Haltung des Schlichters gelungen; sie konnte jedoch im letzten Augenblick durch energischen Widerstand der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes abgebogen werden. In der Lohnfrage sind die Parteibesprechungen gescheitert. Die Arbeitgeber verlangten Abbau der Löhne von 5 bis 13 Prozent; die Arbeitnehmer forderten eine Lohnerhöhung von 10 bis 12 Prozent. Der Lohnstreit geht jetzt an den Schlichter.

Auch die Parteiverhandlungen im Lohnstreit der Flascheninindustrie sind gescheitert. Die Schlichtungsverhandlungen finden am kommenden Freitag statt.

Der Allgemeine Niederländische Bauarbeiterverband musterte dieser Tage die Zahl von 18000 Mitgliedern. Der Monat März brachte allein einen Gewinn von mehr als 500 Mitgliedern.

Kaas über das Zentrum als Koalitionspartei.

Essen, 23. April. (Radiomeldung.)

Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Dr. Kaas, hielt am Montagabend in Essen eine programmatische Rede, in deren Verlauf er u. a. ausführte: „Die Art und Weise, wie das Zentrum in der neuen Regierung vertreten ist, wird unsere Parteifreunde und die gesamte deutsche Oeffentlichkeit davon überzeugt haben, daß wir beabsichtigen, in diesem Kabinett den normalen Verantwortungs- und Einflußanteil zu übernehmen, der uns zusteht. Ich habe das beste Vertrauen, daß unsere drei Minister bei aller Treue zum Parteigedanken ihre Aufgaben in erster Linie im Licht einer staatspolitischen Verantwortung sehen und verwirklichen werden."

Reichsgericht, Reichsfarben und Hinterpommern.

Eine unverständliche Entscheidung.

Leipzig, 23. April. (Eig. Drahtb.)

Vom Schöffengericht Stolp in Pommern wurde der Rittergutsbesitzer Friedrich Hahn wegen Beschimpfung der Reichsfarben zu 25 Tagen Gefängnis verurteilt. Die von dem Rittergutsbesitzer eingelegte Berufung beim Landgericht Stolp hatte durch das Urteil vom 10. Dezember 1928 insoweit Erfolg, als die Gefängnisstrafe in 1000 Mk. Geldstrafe umgewandelt wurde. Auch dagegen legte der Angeklagte Revision ein, der am Montag von dem 2. Strafsenat des Reichsgerichts stattgegeben wurde.

In einer Schulausschußsitzung des Ortes Virow in Pommern hatte der Rittergutsbesitzer am Schluß einer Aussprache über die Beschaffung einer Reichsfahne geäußert: „Wer eine Mostrichfahne haben will, soll sie selber bezahlen." Die Revision begründete der Angeklagte damit, daß ihm eine Beschimpfung ferngelegen habe, da Mostrich für die goldene Farbe der Reichsfahne eine allgemeine Redensart sei und nicht in einer öffentlichen Versammlung gefallen ist. Der Reichsanwalt war der Meinung, daß die Absicht einer schweren Beschimpfung der Reichsfarben vorliege. Da aber der Ausspruch nach der Meinung des Reichsanwalts in keiner Versammlung, sondern nur im Beisein von zwei Schulausschußmitgliedern getan wurde, so habe eine öffentliche Beschimpfung nicht vorgelegen. Die Anwesenheit von drei Personen sei keine öffentliche Versammlung im Sinne des § 8 Absatz 2 des Republikschutzgesetzes. Der Reichsanwalt beantragte deshalb, das Urteil des Landgerichts Stolp aufzuheben und den Angeklagten freizusprechen.

Der 2. Strafsenat schloß sich den Ausführungen des Reichsanwalts an. Obwohl das Wort „Mostrich" — so wird in der Urteilsbegründung ausgeführt — eine Beschimpfung der Reichsfarben bedeute, so sei diese Beschimpfung doch nicht in einer öffentlichen Versammlung ausgesprochen worden.

*

Dieses Urteil mag nach den Buchstaben des Gesetzes nicht antastbar sein. Aber entscheidend ist letzten Endes der Inhalt des Republikschutzgesetzes, und danach bestand das Urteil der ersten Instanz zu Recht.

Rundfunk-Programme.

Leipzig (Welle 361,9).

Mittwoch: 10.50 bis 11 Uhr: Frau Dr. Härting, Leipzig: „Vom Frühjahrskeimen der Kartoffeln". 12 Uhr: Schallplattenkonzert. 14.15 bis 14.45 Uhr: Italienischer Unterricht. 15 Uhr: Für die Jugend. 16.30 Uhr: Konzert. 18.30 bis 19.20 Uhr: Deutsche Welle, Berlin. 19.30 Uhr: Oberspielleiter Dr. Otto Ehrhardt, Dresden: „Die neue Kaminsky-Oper ‚Jörg Jenatsch'". 20 Uhr: Beliebte Opernduette. 21.15 Uhr: Aus dem Roman von Josef Winkler: „Doktor Eisenbart". Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Königswusterhausen (Welle 1648).

Mittwoch: 10.15 Uhr: Neueste Nachrichten. 12 bis 12.50 Uhr: Funkreportage: Wie entsteht eine Schallplatte? Von der Presse bis zur Auslieferung. (Am Mikrophon als Sprecher Herbert Rosen.) 12.55 Uhr: Nauener Zeitzeichen. 13.30 Uhr: Neueste Nachrichten. 13.45 bis 14.15 Uhr: Bildfunkversuche. 14.45 bis 15.30 Uhr: Kinderstunde. 15.30 bis 15.40 Uhr: Wetter- und Börsenbericht. 15.40 bis 16 Uhr: Balkonschmuck, Blumenkästenpflanzen und Vorgärten. (Marie Förling.) 16 bis 16.30 Uhr: Bildung durch Anschauung. (Prof. Dr. Ziehen.) 16.30 bis 17 Uhr: Die Entwicklung der Variatsform (III). (Theophil Demetriescu und Stephan Dux.) 17 bis 18 Uhr: Nachmittagskonzert, Hamburg. 18 bis 18.30 Uhr: Die gegenseitige Abhängigkeit von Industrie und Landwirtschaft in Deutschland. (Dr. Georg Solmssen.) 18.30 bis 18.55 Uhr: Spanisch für Anfänger. 18.55 bis 19.20 Uhr: Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter: Mechanik. (Min.-Rat Horstmann.) 19.20 bis 19.45 Uhr: Musikverstehen. 1. Stufe: Volksliederanalysen. (Prof. Dr. Hans Mersmann.) 20 Uhr: Wovon man spricht. 20.30 Uhr: Jugendwerke deutscher Meister. Danach: Tanzmusik.

...zuerst noch
Kathreiner
mit Bohnenkaffee
gemischt dann
Kathreiner
„allein"!
So sind schon
viele hunderttausende
bekehrt worden!

Preiswerte u. unverfälschte Ware liefert der Konsumverein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0006

Ausbaumöglichkeiten im Verkehrsnetz Merseburg

Die Bauverwaltung geht nach der erzwungenen Ruhe der Wintermonate nun mit voller Kraft an die Arbeit, um die im Etat vorgesehenen Arbeiten zur Verbesserung der Straßenverhältnisse möglichst bald durchzuführen. Seit zwei Tagen ist man an die Pflasterung der

Clobicauer Straße

herangegangen. Leider erlauben es die städtischen Finanzen nicht, schon jetzt die große Siedlung Eigenheim an das Kanalisationsnetz anzuschließen. Das ist im Interesse der in der Siedlung wohnenden mehr als einhalbtausend Merseburger sehr bedauerlich. Während von der Gartenstraße an die Kanalisationsarbeiten erledigt werden, wird vom Lippeweg aus — also von der äußersten Querstraße der Siedlung an — mit der Herstellung der Straße begonnen. Die Straße wird später eine Breite von 7½ Meter erhalten; ein Streifen bleibt vorerst noch liegen, da er später die Versorgungsleitungen aufnehmen soll.

An der Abzweigung der

Ebertstraße

von der Weißenfelser Straße läßt die Mübag ein besonderes Anschlußgleis von der Mücheler zur Dürrenberger Strecke legen, um ein Umrangieren des morgens vom Depot nach Rössen zu befördernden Wagens zu ersparen.

Nach Abschluß der Verhandlungen mit der Rentengutsgesellschaft wird mit der Befestigung der Straßen auf dem

ehemaligen Exerzierplatz

begonnen werden. Die von der Stadt aufzuwendenden Mittel sind von den Stadtverordneten bereits genehmigt.

Vor der Albrecht-Dürer-Schule

wird die Fahrbahn mit Hartgußasphalt hergerichtet und die Bürgersteige befestigt.

Von der Halleschen Straße bis zur Reinefarthstraße erhält die

Blanckestraße

eine 7½ Meter breite gepflasterte Fahrbahn, ebenso wird die **Bismarckstraße** hergerichtet.

Eine Reihe von

Bürgersteigen

in allen Teilen der Stadt wird mit Koksschlacke aufgefüllt werden. Zurzeit wird die Rektor-Block-Straße, die lange vernachlässigt war, auf der westlichen Seite mit einem Bürgersteig versehen.

Viel bleibt in den nächsten Jahren zu tun übrig. Es kann nur dringend gehofft werden, daß sich die finanzielle Lage der Stadt Merseburg bessert, damit endlich der Straßenbau in weit größerem Ausmaße gefördert werden kann.

Der Geist der Wirtschaft in der Gegenwart.

Erster Vortrag der Wirtschaftspolitischen Woche der Reichszentrale für Heimatdienst.

Nach längerer Pause seit dem Herbst 1927 läßt die Reichszentrale für Heimatdienst wieder eine Vortragsfolge, und zwar diesmal über wirtschaftspolitische Fragen, abhalten. So sprach am Sonnabend als erster Referent Professor Dr. Hoffmann über obiges Thema.

Um das Thema zu zergliedern, ging der Redner auf die beiden Gegenpole Einzel- und Gemeinwirtschaft ein, und zwar befaßte er sich zunächst mit dem Wesen der Einzel- oder Individualwirtschaft. Grundregeln der Individualwirtschaft sind: Freiheit der Wirtschaft, Freiheit des Eigentums, Freiheit des Vertrages, Freiheit des Betriebsablaufes. Der Unternehmer will Freiheit der Marktausnutzung und freien Wettbewerb. Alle diese Forderungen einer unbeschränkten Freiheit führen schließlich zu einem Kampf aller gegen alle. Das Wesen der Einzelwirtschaft ist: Geld — Ware — mehr Geld, d. h. der Unternehmer gibt Geld, um Ware auszutauschen und mehr Geld zu erhalten. Der Redner legte also ganz deutlich dar: Einzelwirtschaft = Profitwirtschaft.

Als Gegensatz die Gemein- oder Kollektivwirtschaft. Hier heißt die Regel: Gut — Leistung — — Gut, d. h. mit dem gemeinschaftlichen Gut wird eine Leistung für das gemeinschaftliche Gut vollbracht. Mit anderen Worten: es wird gewirtschaftet, nicht um zu profitieren, sondern um das Gesamtwohl zu vergrößern und zu heben.

Der Redner schilderte dann die Entwicklung der Wirtschaft in der Gegenwart, wie die Einzelwirtschaft aufgeht in Kartelle und Trusts und somit tatsächlich eine Kollektivwirtschaft geschaffen wird. Er wies auf das Vorrücken der Kollektivwirtschaft in der Form der Genossenschaften hin. In allem zeigte er ganz deutlich (und sprach es auch aus) den Verfall der Einzelwirtschaft und damit des Kapitalismus. Interessant ist es, wie selbst nationalistische Organisationen (Stahlhelm, Jungdo), ebenso auch syndikalistische eine Kollektivwirtschaft in der Form der sog. berufsständigen Wirtschaft erstreben, deren höchste Form der Referent im Fascismus sieht.

Obwohl dieser ganze Vortrag mit marxistischen Gedankengängen durchzogen war, führte der Referent Marx nur einmal an, und zwar wo dieser einmal im „Kommunistischen Manifest" erklärt: „Die Bourgeoisie hat in ihrer kaum hundertjährigen Klassenherrschaft massenhaftere und kolossalere Produktionskräfte geschaffen als alle vergangenn Generationen zusammen." Dessen ungeachtet muß festgestellt werden, daß der Referent sich Mühe gab, wissenschaftlich objektiv zu sein. Und wenn wir dies feststellen, ist es für uns Sozialisten eine Genugtuung, daß, wenn ein Wissenschaftler wirklich objektiv sein will, er sich direkt oder indirekt zur Lehre von Karl Marx bekennen muß.

Der Vortrag kann sehr wohl in die Worte von Karl Marx zusammengefaßt werden: **Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt.** lt.

Geschlossene Briefmarkenautomaten

In letzter Zeit konnte man des öfteren vor geschlossenen Markenautomaten stehen, wenn man nach Schalterschluß einen eiligen Brief frankieren wollte. Auch am Sonntag war dies der Fall. Gewiß wird der Automat oftmals durch gewisse Gedankenlose leergekauft, aus Bequemlichkeit. Wie wir erfahren, funktioniert der Apparat nicht so wie es sein müßte, deshalb wird der „Betrieb" geschlossen.

Wenn diese Maßnahme nicht zu umgehen ist, so muß die Postverwaltung im öffentlichen Interesse zumindest durch Aushang an den geschlossenen Automaten bekanntgeben, wo Briefmarken zu haben sind, denn nur Eingeweihten ist es möglich, in einem der versteckt liegenden Amtszimmer Marken zu erhalten. Auch dies gehört zum „Dienst am Kunden".

In der Gaskammer schwer verbrannt

In der Gaskammer des städtischen Gaswerkes stürzten am Montagvormittag aus einem Ofen glühende Kohlen auf den unter dem Ofen beschäftigten Maschinisten Otto Hoffmann. Der Unglückliche erlitt an Kopf, Gesicht, Armen und Beinen größere, schmerzhafte Verbrennungen. Mit dem städtischen Krankenauto wurde der Verletzte, der verheiratet und Vater zweier Kinder ist, sofort nach dem Krankenhaus gebracht.

Landschulheim Benshausen gesichert

Wie bekannt, trägt sich der Zweckverband Leuna mit dem Gedanken, ein Landschulheim in möglichst gesunder Gegend zu erwerben, um allen Kindern einmal im Jahr Gelegenheit zu geben, inmitten einer Lebensgemeinschaft in gesunder Gegend einige fröhliche Wochen zu verleben. Unter den verschiedensten Angeboten schien dem Zweckverband das in Benshausen inmitten des herrlichen Thüringer Waldes am günstigsten zu sein.

So hatte man denn beschlossen, am Sonntag eine Besichtigungsfahrt nach Benshausen zu machen, um sich endgültig über eine eventuelle Pachtung schlüssig zu werden.

Neben den offiziellen Vertretern des Zweckverbandes unter Führung des Vorsitzenden Herrn Cornely nahmen u. a. die Herren Schulrat Roß, Baumeister Jahn und Kreisjugendarzt Dr. Witt an der Fahrt, die von Merseburg aus mit einem Postauto angetreten wurde, teil. In raschem Tempo ging es über Querfurt Erfurt durch den wunderschönen Thüringer Wald nach Benshausen, das nahe bei dem bekannten Kurort Oberhof liegt. Gegen 1 Uhr mittags trafen wir in Benshausen ein. Da lag nun das künftige Schulheim vor uns, und fürwahr, dieses, in idealer Umgebung gelegene Gebäude eignet sich großartig für den vorgesehenen Zweck! Das sehr hübsche, nicht zu kleine Haus ist rings von Wiesen und Wald umgeben. Die Innenräume, die noch entsprechend ausgebaut und mit Fußbodenbelag, Wand- und Deckenanstrich versehen werden müssen, machen einen freundlichen, luftigen Eindruck und scheinen geradezu prädestiniert zu sein, Kinder eine Zeitlang zur Stärkung des Körpers und Geistes aufzunehmen. Das schien auch die Meinung aller Besichtigenden zu sein, denn einstimmig wurde dem Erwerb des Gebäudes zugestimmt. Der Vorschlag Herrn Cornelys, die anliegende Wiese mit zu pachten, fand ebenfalls allgemeinen Beifall. Man beabsichtigt, hier eine Liegehalle aufzustellen, desgleichen ist der Ausbau eines Schwimmbades beabsichtigt, so daß die Kinder sich in reichlichem Maße erholen können. Man kann den Zweckverband Leuna zum Erwerb dieses Gebäudes nur beglückwünschen!

Um 4 Uhr nachmittags wurde die Rückfahrt angetreten. Man war von dem Gesehenen hoch befriedigt. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn bald mehrere solcher Landschulheime in Deutschland — einige bestehen ja schon — errichtet würden, da sie am ehesten dazu beitragen, außer der rein gesundheitlichen Förderung wirklichen sozialen Gemeinschaftsgeist zu pflegen. Li.

Bei jedem Briefträger

können die Postbezieher unseres Blattes die Erneuerung des Bezuges für

Mai 1929

bis zum 25. April bewirken. Nach diesem Termin erhebt die Post auf den Bezugspreis einen Aufschlag von 20 Pfg.

Ein böser Reinfall des „Klassenkampf"

Der öde Kampf gegen Sozialdemokraten spielt ihm einen Possen

Unter der Ueberschrift „Die Barackenpolitik des Merseburger Landrats" erschien in Nr. 90 des „Klassenkampf" vom 18. April ein Artikel, der den Zweck hatte, dem Landrat Guske als Sozialdemokraten eins am Zeuge zu flicken und ihn in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Man hatte sogar nicht die Kosten gescheut, ein Bild mit abzudrucken, das dem Leser zeigen sollte, was für ein gemeiner Kerl der Landrat ist, der für solche Barackenwohnungen eine Monatsmiete von 14 Mk. verlangt. Diese „Guskehütte" sei von dem Landrat Guske nur geschaffen worden, damit der „Großagrarier Zimmermann in Delitz am Berge dort seine revoltierenden Landarbeiter hineinstecken kann, die er aus allen Gegenden Deutschlands zusammenholt". Der Berichterstatter des „Klassenkampf" schildert dann die Wohnungen in diesen Baracken, die dünnen Wände usw., und kommt dann zu dem Schluß, daß es Herrn Guske jetzt eingefallen sei, statt bisher 9 Mk. nun 14 Mk. Miete pro Monat zu verlangen, und da verschiedene Mieter der Barackenwohnungen diese erhöhte Miete nicht bezahlt haben, soll Guske den armen Leuten den Gerichtsvollzieher auf den Hals gehetzt haben.

Landrat Guske hat darauf dem „Klassenkampf" eine Berichtigung geschickt, deren Inhalt der Redaktion wohl einiges Bauchgrimmen verursacht haben muß, denn sie erklärt in der gestrigen Nummer des „Klassenkampf", in welcher der Empfang der Berichtigung quittiert wird, daß sie diese nicht bringen werde, da sie Angriffe gegen andere Personen enthalte, die erst nachgeprüft werden müßten.

Was sagt nun Landrat Guske zu den Angriffen des „Klassenkampf"? Er erklärt, daß

er und das Kreisbauamt auf den Bau der Baracke gar keinen Einfluß gehabt habe, sondern daß der kommunistische Amtsvorsteher Lange in Gemeinschaft mit dem deutschnationalen Gutsbesitzer Müller diese Baracke im April vorigen Jahres von einer Berliner Firma gekauft habe.

In einem Schreiben vom 26. April 1928 an den Landrat teilt der Herr Amtsvorsteher Lange u. a. wörtlich mit:

„Am 25. April 1928 habe ich für den Amtsbezirk Delitz a. B. eine Baracke gekauft. . . . Die Baracke ist nicht mit anderen Baracken zu vergleichen, ich habe diese selbst besichtigt. Sie hat vor 1½ Jahren beim Aufbau 29 000 Mk. gekostet und hat den vollständigen Wert noch. . . . Ich bitte, den Betrag von 12 500 Mk. für den Amtsbezirk Delitz bereitzustellen. . . ."

In einer persönlichen Unterredung mit dem Bauunternehmer und Amtsvorsteher Lange am 25. April 1928 hat

Guske dringend abgeraten von der Errichtung einer Wohnbaracke

in Delitz a. B. und besonders betont, daß in den anderen Amtsbezirken und Gemeinden zur Beschaffung von Notwohnungen **nicht Wohnbaracken, sondern ordentliche Wohnhäuser errichtet werden.** Herr Lange erklärte ihm dann, **daß er als sachverständiger Bauunternehmer die Baracke zur Benutzung für Wohnzwecke durchaus für geeignet halte.**

Auf besonderes Drängen des Amtsvorstehers Lange hat sich Guske dann bereit erklärt, aus Mitteln der Wohnungsbauanleihe Vorschüsse an den Amtsbezirk Delitz a. B. zur Bezahlung der gekauften Baracke zu leisten.

Bemerkt wird noch, daß Lange sachverständiger Sprecher der kommunistischen Kreistagsfraktion ist und wiederholt Vorschläge im Kreistage zur zweckmäßigen Förderung des Kleinwohnungsbauwesens gemacht hat.

Die Miete ist auch nicht vom Landrat Guske, sondern von dem Amtsausschuß unter Vorsitz des kommunistischen Amtsvorstehers Lange festgesetzt worden. Nach § 59 der Kreisordnung verwaltet der Amtsvorsteher die örtliche Polizei nach Maßgabe seiner Befugnisse selbständig und mit eigener persönlicher Verantwortung. Nach § 132 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 ist der Amtsvorsteher als Ortspolizeibehörde berechtigt, die von ihm in der Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt getroffenen, durch seine gesetzlichen Befugnisse gerechtfertigten Anordnungen durch Anwendung besonderer Zwangsmittel durchzusetzen.

Auf Grund seiner gesetzlichen Befugnisse hat der kommunistische Amtsvorsteher Lange den Bewohnern der Baracke am 1. April 1929 mitgeteilt, daß er die rückständige Entschädigung für die Benutzung der Baracke als Polizeigebühr im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens einziehen werde.

Für die vom „Klassenkampf" gegeißelte Wohnbarackenpolitik im Amtsbezirk Delitz a. B. hat also allein **der kommunistische Amtsvorsteher und Kreistagsabgeordnete Herr Bauunternehmer Lange die Verantwortung zu tragen.**

Man unterschiebt also in dem Artikel dem Landrat Guske eine Tat, die von Anfang bis zu Ende von dem kommunistischen Amtsvorsteher Lange durchgeführt wurde. Wenn nun der Kommunist Lange diesen Artikel liest, wird er sich wahrscheinlich nicht besonders wohl in seiner Haut fühlen. Der Artikelschreiber im „Klassenkampf" zieht noch besondere Schlüsse für die kommenden Gemeindewahlen aus seinem Bericht. Ob er nicht doch ein bißchen ängstlich wird? Wir werden sicher jeder Gelegenheit benutzen, um den Wählern Aufschluß zu geben, damit sie hinter die Schliche der Kommunisten kommen.

Der Artikelschreiber ist aber ein gelehriger Schüler Lenins. Lüge, Betrug, illegale Kampfesmittel, das sind die Kampfmethoden der Kommunisten, das beweist der vorstehende Artikel, und das werden wir auch den Wählern sagen.

Für eine Einheitsgemeinde Dürrenberg

In der letzten Gemeindevertretersitzung von Keuschberg wurde ein Mehrheitsbeschluß gefaßt, der die Schaffung einer Einheitsgemeinde Dürrenberg bezweckt. Die Gemeindevertretung wird an den Zweckverband Dürrenberg herantreten mit dem Ersuchen, mit allem Nachdruck die Bildung einer Einheitsgemeinde zu betreiben.

Kreis Querfurt u. Umgebung

Kreistag in Querfurt.

Der zum 29. April einberufene Querfurter Kreistag hat eine Tagesordnung mit 15 Punkten zu erledigen. Außer verschiedenen Wahlen von Schiedsmännern, Amtsvorstehern, Sparkassenvorstandsmitgliedern, Vertrauensmännern für die Ausschüsse bei den Amtsgerichten zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen usw. wird über verschiedene Bürgschaftsübernahmen und Gewährung von Kreisbeihilfen zu beschließen sein. Ferner ist über die Abänderung der Kreishundesteuerordnung und über die weitere Erhebung der Jagdsteuer Beschluß zu fassen. Die Hauptpunkte werden aber die Feststellung des Kreishaushaltsvoranschlages für das Rechnungsjahr 1929 und der weitere Ankauf von Aktien der Landkraftwerke Leipzig AG. in Kulkwitz sein.

Von der „Devoli."

In Sachen der „rühmlichen" Pleite-„Devoli" (Naumburg) wird am kommenden Donnerstag, 12 Uhr, vor dem Naumburger Schöffengericht gegen den Kaufmann Paul Anders in Weißenfels, den Oberspielleiter Josef Firmann (Leipzig), den Regisseur Erich Claudius und die Abteilungsleiterin Frau Marie Steche (letztere beiden früher in Naumburg, jetzt in Berlin) verhandelt werden wegen Vergehen gegen die Paragraphen 533, 534, 536 der Reichsversicherungsordnung.

Flugtag in der Goldnen Aue.

Der Nachmittag des vergangenen Sonntags stand für die Bewohner des Unstruttales zwischen Artern und Nebra im Zeichen des Flugtages, der auf den Wiesen südlich Roßleben von der Akademischen Fliegergruppe an der Universität Halle veranstaltet wurde. Aus den umliegenden Ortschaften hatten sich etwa 3000 Zuschauer eingefunden trotz lebhafter kalter Winde und häufiger Schneeböen. Das hallische Fluggeschwader war vollzählig zur Stelle und zeigte, verstärkt durch eine Maschine aus Leipzig, soweit es die Ungunst der frühjahreszeitlichen Witterung, die oftmals mit heftigen Schneeschauern in den Verlauf der Veranstaltung störend eingriff, zuließ, sämtliche Arten von Geschicklichkeitsflügen, unterbrochen durch einen wohlgelungenen Fallschirmabsprung von Frau L. M. Triebner. Trotz des sehr unruhigen Windes gelang es der Fallschirmpilotin, unmittelbar in der Nähe der Zuschauer den Boden zu erreichen. Von der verhältnismäßig billigen Gelegenheit, einen Rundflug zu machen, wurde vielfach Gebrauch gemacht. Mit anerkennenswerter Energie starteten die Flieger zwischen zwei Schneeböen, in denen viele hilfreiche Hände die Flugzeuge festhalten mußten, immer wieder, um der Zuschauermenge, die in dem kalten Wind begeistert ausharrte, ihre Flugfiguren vorzuführen. Erst bei einbrechender Dunkelheit langten die Flugzeuge wieder in ihrem Heimatflughafen an.

Eine „gemütliche" Holzauktion.

Was geht uns eine Holzauktion an, wird mancher Leser sagen. Aber es ist doch wert, etwas über eine derartige Holzauktion zu wissen. Eine solche fand am 15. April im „Schützenhaus" in Freyburg (Unstrut) statt. Vor Beginn der öffentlichen Holzversteigerung wurde von dem staatlichen Oberförster darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Teilnehmer in einem staatlichen Dienstlokal befinden und sich den Anordnungen des Herrn Oberförsters zu fügen hätten, andernfalls sie sich des Hausfriedensbruchs schuldig machen würden, und dieser wird mit Gefängnis bestraft. Ueber dem Kopfe des Herrn Oberförsters thronte die Gipsbüste des verflossenen Wilhelm von Gottes Gnaden, mit schwarzweißrotem Flor verziert. An einen ehemaligen kaiserlichen Leutnant erinnerte auch der Herr Oberförster, indem er mehrmals die Teilnehmer anbrüllte, wenn sich diese ganz leise unterhielten oder sonst ein Geräusch entstand: „Zum Donnerwetter, sind Sie ruhig, oder ich mache von meinem Hausrecht Gebrauch!" Auf Deutsch heißt das: Wer sich mir nicht fügt, fliegt raus.

Es wäre doch wohl angebracht, wenn der Herr Oberförster bei einer derartigen Versteigerung nicht zu sehr seine Macht zeigen wollte und die Teilnehmer etwas höflicher behandeln wollte. Vielleicht sorgt er auch ein anderes Mal dafür, daß in einem staatlichen Dienstlokal die monarchistischen Symbole entfernt werden. Sollte sich der Wirt des „Schützenhauses" dazu nicht bereit erklären, wäre es angebracht, in Zukunft die Holzauktionen in einem anderen Lokal abzuhalten. Mangel an solchen besteht jedenfalls in Freyburg nicht.

Mücheln. Schulneubau. Mit dem sehr notwendigen Schulneubau wird bald begonnen werden. Ueber die Vergebung der Bauarbeiten ist bereits Beschluß gefaßt worden. Es ist sehr wohl möglich, daß der Schulbau bei einem nicht zu frühen Eintritt des Winters noch in diesem Jahre fertiggestellt wird.

Mücheln. Großer Frühjahrsmarkt. Zweifellos haben wir einen Magistrat, der sich aufs Geschäft versteht, und das ist gut so. Große gedruckte Plakate künden von dem am Sonntag, dem 5., und am Montag, dem 6. Mai, stattfindenden Frühjahrsmarkt. So wird Mücheln an diesen Tagen einen starken Zuzug aus den vielen „selbständigen" Gemeinden zu verzeichnen haben, die um Mücheln herumliegen und in der Mehrzahl nur den einen Wunsch haben, daß diese Zwergstaaten zu einem großen Mücheler Gemeinwesen vereinigt werden.

Braunsdorf. Gemeindevertretersitzung. Eine vorläufige Abrechnung über das im vorigen Jahr erbaute und am 1. Februar d. J. bezogene Gemeindehaus wurde der Gemeindevertretung vorgelegt. Gerechnet wurde mit den veranschlagten Kosten inklusive Baulanderwerb, Gerichtskosten usw. mit 52 312,28 Mk. Voraussichtlich wird sich ein Nachtrag von zirka 2000 Mk. ergeben, der sich zum Teil aus außeranschlagsmäßigen Arbeiten ergibt, so daß gesagt werden kann, daß das Angebot der Firma Fr. Steinfelde (Neumark) nicht wesentlich überschritten wird. Die Gesamtkosten werden, so-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0007

Ferienkursus Anfang September.

Im Einvernehmen mit dem Bezirksvorstand hat der Bezirksbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei beschlossen, auch in diesem Jahre einen Wochenkursus abzuhalten, der am Sonnabend, dem 31. August, beginnen und am 7. September 1929 enden soll. Allen Genossinnen und Genossen, denen daran liegt, ihre Ferien in gemeinsamer geistiger Arbeit in einem Ferienheim zu verbringen, wird daher geraten, ihre Ferien in diesem Jahre so einzurichten, daß sie an diesem Kursus teilnehmen können. Die Kosten trägt die Parteikasse. Von den Hörern wird nur ein Hörerbeitrag von 10 Mark erhoben. In besonderen Fällen ist der Bezirksbildungsausschuß bereit, Ermäßigungen eintreten zu lassen.

Es kommt nur ein beschränkter Kreis von Hörern in Frage, der eine genügende Vorbildung aufzuweisen hat. Wer sich daher an dem Ferienkursus beteiligen will, in welchem der Genosse Parteilehrer Döhring (Bremen) über die Grundbegriffe der marxistischen Wirtschaftstheorie sprechen wird, der melde sich rechtzeitig unter Beifügung eines kurzen Lebenslaufes beim Bezirksbildungsausschuß der SPD., Halle, Harz 42 44, Hof II.

Aus dem Lebenslauf muß hervorgehen, welche Funktionen der betreffende Genosse bekleidet und welche Kurse er besucht hat. Nach Eingang der Meldung werden dem Genossen nähere Mitteilungen gemacht werden. Jetzt sei schon bemerkt, daß der Kursus in landschaftlich schöner Gegend abgehalten werden wird. Fahrtkosten und Unterhalt trägt, wie bemerkt, die Parteikasse. Lohnausfall wird nicht gezahlt. Darum legt eure Ferien in die Zeit des Kursus!

Der Bezirksbildungsausschuß.

---

weit es sich bisher übersehen läßt, 54 323,31 Mk. betragen. — Beschlossen wurde, die Realsteuerzuschläge für das neue Rechnungsjahr 1929/30 vorläufig in derselben Höhe wie im Vorjahr weiter zu erheben. Ebenfalls wurde für das Rechnungsjahr 1929/30 die Erhebung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und der Lohnsumme beschlossen. Ueber die Instandsetzung des Verbindungsweges von Braunsdorf nach Klein-Kayna, wozu ein Kostenanschlag der Steinsetzfirma Frauendorf & Thieme (Oechlitz) vorlag, mußte anderweitig beschlossen werden, da selbst genannte Firma heute nicht mehr dafür einsteht. Auch das Gebaren der Firma gab Anlaß zu reger Debatte. Ein Kostenanschlag von der Firma Horn & Koppe (Mücheln), der die Ausführung des Weges mit Koksschlacke vorsieht und zirka 5000 Mk. kostet, fand die Zustimmung der Vertretung. Auf Antrag des Schöffen Schmidt wurden die Arbeiten der Firma Horn & Koppe einstimmig übertragen. — Zur Anschaffung eines Gemeindebullen wurde beschlossen, daß die Gemeindeverwaltung selbst einen Bullen ankauft und abwechselnd den Landwirten Waldemar Börner und Gustav Stehfest zur Pflege übergeben wird. — Unter Punkt Verschiedenes gab die Neubesetzung der Postagentur Anlaß zu umfangreicher Aussprache. Die seinerzeit von der Hallischen Pfännerschaft gemachten Zusagen im Fall einer Pensionierung des Agenten Landgraf betreffs Beschaffung einer Wohnung wurden nicht mehr als bestehend angesehen.

Naumburg. Städtische Projekte. Das Stadtparlament beschloß eine Erweiterung des Friedhofes, die 44 500 Mk. Kosten verursacht, dabei aber den Platz für ein Krematorium vorsieht. Die Friedhofsgebühren müssen aus diesem Grunde erhöht werden. In der ehemaligen neuen Jägerkaserne sollen neue Wohnungen geschaffen werden.

Zeitz. Nicht Mord, sondern fahrlässige Tötung. In der Strafsache gegen den Arbeiter Walter Schmidt aus Zeitz, der in der Nacht vom 24. zum 25. März den Arbeiter Fritz Hemmann auf dem Heimwege von einem Tanzvergnügen erschoß, handelt es sich, entgegen anders lautenden Nachrichten, nicht um vorsätzliche Tötung. Nach den Feststellungen hat Schmidt mit einer vermeintlich entladenen Selbstladepistole im Scherz auf Hemmann angelegt. Tatsächlich befand sich aber im Lauf noch eine Patrone. Die Staatsanwaltschaft in Naumburg hat jetzt Anklage wegen fahrlässiger Tötung erhoben.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen (Stadt)

Rückgang der Arbeitslosigkeit

Das Arbeitsamt Mansfeld, Sitz Eisleben, zu dem auch der Bezirk Sangerhausen gehört, veröffentlicht die neueste Zusammenstellung der Erwerbslosenzahlen seines Wirkungsbereiches. Aus dieser Statistik ergibt sich die immerhin erfreuliche Tatsache, daß im Bezirk des Arbeitsamtes Mansfeld die Erwerbslosigkeit in den letzten sechs Wochen seit dem 1. März um über 53 Prozent abgenommen hat. Von 5137 Erwerbslosen an diesem Tage (4502 Unterstützungsempfänger) ist die Zahl am 15. April auf 2413 (1879 Unterstützungsempfänger) gesunken. Am 1. März hatte nach dieser Aufstellung die Erwerbslosigkeit hier ihren Höhepunkt erreicht, am 1. November 1928 wurden nur 574 Erwerbslose gezählt.

Auch die Frau muß politisch kämpfen

Am Freitagabend hatte sich die Frauengruppe der SPD. im „Schützenhaus" versammelt, um einen Vortrag der Genossin Schob (Halle) entgegenzunehmen. Der Einladung zu diesem Frauenabend waren nicht nur unsere Genossinnen recht zahlreich gefolgt, sondern es waren auch einige Gäste erschienen. Die Vortragende zeigte den Frauen an zahlreichen Beispielen, wie die Frauen im kaiserlichen Deutschland entrechtet waren und wie es erst der Sozialdemokratischen Partei nach jahrelangem Kampfe gelungen ist, 1918 den Frauen die Rechte zu verschaffen, die sie heute haben. Leider müßte immer wieder darauf hingewiesen werden, daß viele Frauen nicht von ihren Rechten den richtigen Gebrauch machen. Gebe es doch noch genug Ehefrauen, die entgegen ihren Männern bei Wahlen diejenigen Parteien unterstützten, die für politische und wirtschaftliche Rechtlosigkeit der Frauen auch heute noch seien. Hierdurch sei die Sozialdemokratie in den Parlamenten in der Minderheit und könnte ihre bekannten Forderungen nach erhöhtem Wöchnerinnenschutz, Verbot jeglicher Kinderarbeit vor dem 14. Lebensjahre und anderen sozialen Gesetzen gegen die vereinigten Gegner nicht durchsetzen. Die Rednerin wies aber auch an Beispielen nach, wie so manche Mutter mit daran Schuld trage, daß den Gegnern des Kinderschutzes immer wieder Material geliefert würde, um erfolgreich gegen die Forderungen der Sozialdemokratie aufzutreten. Es spräche von wenig Verständnis der Mutter für das Wohl des Kindes, wenn sie dasselbe von früh bis abends zur Ausbeutung in die Landwirtschaft schicke. Gewiß sei die Not unter der Arbeiterschaft groß, aber sie müsse sich endlich davon freimachen, von Kinderhand Hilfe für die Familie zu erhoffen. Was das Kind dort verdiene, ginge verloren am Körper und den Kleidungsstücken doppelt und dreifach. Mit Zukunftsforderungen der Sozialdemokratie für Frauen und Kinder schloß die Rednerin ihren im Volkstone gehaltenen, leichtverständlichen Vortrag, und Beifall der aufmerksam zugehörten Frauen belohnte sie.

Der Aufforderung der Vorsitzenden, sich der Sozialdemokratischen Partei anzuschließen, folgten sieben Frauen und ein Mann.

Aus dem Gewerkschaftskartell.

Die Kartelldelegierten und Betriebsräte der freien Gewerkschaften waren am Freitag zu einer gemeinsamen Sitzung geladen, um über die Arbeitsruhe am 1. Mai zu beraten. Dem Kassierer wurde für den Kassenbericht für das erste Quartal 1929 auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt.

Die nun folgende Diskussion über den 1. Mai wurde teils in sehr scharfer Form geführt. Einig war man sich aber in dem Verlangen nach Arbeitsruhe am Weltfeiertage. Lediglich ob und wie das Kartell eine eigene Veranstaltung organisieren soll, hat die Meinungen auseinandergehen lassen. Die SPD. sowie die KPD. haben eigene Veranstaltungen beschlossen, so daß am 1. Mai drei Redner zu den Arbeiter sprechen sollen. Nach langer Diskussion, in welcher hervorgehoben wurde, daß der kommunistische Maiaufruf sich gegen die sozialdemokratischen Arbeiter und freien Gewerkschaften richtet, und deshalb an eine Demonstration nicht zu denken sei, wurde eine Versammlungskundgebung im „Herrnkrug" beschlossen. Ein Redner soll vom Bezirksausschuß des ADGB. angefordert werden.

Die Beratung des diesjährigen Gewerkschaftsfestes brachte eine Diskussion über das Verhältnis der freien Gewerkschaften zu den hiesigen Arbeitersängern. Letztere sollen um die Mitwirkung an dem am 14. oder 21. Juli stattfindeden Gewerkschaftsfest ersucht werden.

Der in der letzten Sitzung verhindert gewesene Bibliothekar Mettendorf gab nun einen Bericht über die in seiner Obhut befindliche Bücherei. Erfreulicherweise ist der Leserkreis gewachsen. 73 Prozent der Leser hat schöngeistige und Unterhaltungsliteratur, 20 Prozent Geschichtsbücher und nur 7 Prozent wissenschaftliche Literatur verlangt. Auf Antrag wurde dem Büchereiverwalter die Vollmacht erteilt, besonders wichtige Neuerscheinungen anzuschaffen und die Mitgliedschaft im Bücherkreis und in der Büchergilde zu erwerben.

Der unregelmäßige Arbeitsbeginn in den hiesigen Betrieben und die teilweise damit verbundene ungünstige Zugverbindung wurde einer scharfen Kritik unterzogen.

Der vorgerückten Zeit wegen wurde der Vortrag über die Konsumgenossenschaft auf die nächste Sitzung verschoben.

Mörder Verkehr. Am vergangenen Sonnabend wurde auf dem Töpfersberg das vierjährige Kind des Brauereiarbeiters Grote von einem Auto überfahren. Der bewußtlos in das Krankenhaus eingelieferte Knabe erlangte das Bewußtsein nicht wieder und starb Sonntag 17 Uhr im Krankenhaus. Da einige Zeugen gesehen haben wollen, daß eine Frau den Wagen gelenkt hat, ist man auf die Klärung der Schuldfrage außerordentlich gespannt.

Aus dem Kelbraer Stadtparlament.

In der am Freitag stattgefundenen öffentlichen Stadtverordnetensitzung wurden zunächst einige Abänderungen der neuen Sparkassensatzungen beschlossen, welche für die Oeffentlichkeit nicht von allzu großem Interesse sind.

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die

Beratung und Festsetzung des städtischen Haushaltplanes für 1929.

Der Wichtigkeit halber geben wir hier die hauptsächlichsten Positionen und Zahlen bekannt.

Titel 1 Grundstücksverwaltung: Einnahme 41 192,73 Mk., Ausgabe 12 056,87 Mk., Ueberschuß 29 135,36 Mk. — Ein Antrag der KPD.-Fraktion, für Düngung der Obstbäume in den städtischen Plantagen 1000 Mk. mehr in den Etat einzusetzen, wurde abgelehnt.

Titel 3 Bauverwaltung: Einnahme 794,44 Mk., Ausgabe 4350,92 Mk. Hier ist ein Zuschuß von 3556,48 Mk. erforderlich. Ein Antrag der Kommunisten verlangte, 2100 Mk. für den Ausbau der Gartenstraße einzusetzen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der KPD. und Sozialdemokraten abgelehnt. Für Unterhaltung der Straßen sind 2500 Mk. eingesetzt. Es wurde beschlossen, in diesem Jahre 1000 Mk. für Herstellung eines Trottoirs auf der rechten Seite der Breitenstraße und 900 Mk. für Herstellung eines Fußweges auf der einen Seite der Querstraße zu verwenden.

Titel 5 Wohlfahrtspflege, Gesundheitswesen und Stiftungen. Einnahme 33 694,50 Mk., Ausgaben 50 218 Mk. Hier ist ein Zuschuß von 16 523,50 Mk. erforderlich.

Titel 7 Schulwesen: Einnahme 26 526,71 Mark, Ausgaben 46 037,78 Mk., Zuschuß 19 511,07 Mark.

Der Gesamtetat balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 178 575,60 Mk. An Steuern wurden 138 Prozent Gebäudesteuer vom bebauten und unbebauten Grundbesitz, sowie 394 Prozent Gewerbesteuer vom Kapital und Ertrage beschlossen. In der Gesamtabstimmung wurde der Etat sowie die zu erhebenden Steuersätze gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Ein weiterer Antrag der KPD.-Fraktion, daß die Stadt Kelbra keine weiteren Pflichtarbeiten von den völlig ausgesteuerten Erwerbslosen verlangen soll, wurde angenommen.

Die Haltung der Kommunisten betreffs der Ablehnung des Etats und der Steuersätze ist unverständlich. Man stellt Anträge, die in mehreren Fällen Erfolg hatten und angenommen wurden und verweigert dann in einem Atemzuge der Stadt die Mittel, die doch nun einmal zur Führung eines ordentlichen Haushalts erforderlich sind.

Oberröblingen. Die „Hungerquellen" treten auf. Am „Schmalen Wege" und an der Straße nach Riestedt treten die seit Jahrzehnten versiegten „Hungerquellen" zum ersten Male wieder hervor. Damit wird den Flurbesitzern erheblicher Schaden zugefügt, da das Land infolge der zutage tretenden Quellen eine erfolgreiche Bewirtschaftung nicht zuläßt. Ueber die Entstehung der Quellen sind die Meinungen verschieden. Der Volksmund behauptet aber, daß mit ihrem Erscheinen trockene, mit Teuerung verbundene Jahre bevorstehen.

Mansfelder Kreise

An der Drillmaschine tödlich verunglückt

In Oberrißdorf gingen beim Drillen die Pferde, die der Kutscher Otto Hellmuth führte, durch, wobei H. zu Fall und unter die Drillmaschine zu liegen kam. Hierbei erlitt er vier Rippenbrüche und schwere Kopfverletzungen, die seine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machten. Kurz darauf erlag H. seinen Verletzungen.

Amsdorf-Wansleben-Bennstedt. Filmveranstaltung fällt aus. Die für die drei vorgenannten Orte angesetzte Vorführung des Films „Die Mutter" muß wegen technischer Schwierigkeiten ausfallen.

Kreis Delitzsch

Delitzsch (Stadt)

Zur Familientragödie in der Wiesenstraße wird uns mitgeteilt, daß der von seinem Sohn schwer verletzter Invalide Schmidt nicht gestorben ist. Man hofft vielmehr, ihn trotz der erlittenen schweren Verletzungen am Leben erhalten zu können.

Eilenburg

Zwei Motorradunfälle.

Auf der Torgauer Landstraße an der Bahnwärterbude 65 wurde am Sonntagfrüh der Barbiergehilfe Reinhold Mattulke aus der Breite Straße 3 in Eilenburg besinnungslos im Straßengraben aufgefunden. Die Insassen eines Leipziger Autos, die den Verunglückten neben dessen Motorrad liegen sahen, sorgten für seine Ueberführung nach einem Krankenhaus. Dort erlangte M. die Besinnung wieder, konnte sich aber auf den Unfall nicht besinnen. Wahrscheinlich ist er von einem Auto von hinten angefahren worden.

Ein solcher Unfall ereignete sich am Sonntag auch auf der Wurzener Straße. Dort fuhr der Schriftsetzer Hermann Mieth mit einem Sozius auf einem Motorrad, als letzteres unweit des Bahnhofs Eilenburg-Ost von einem Kraftwagen gestreift wurde. Dadurch kamen die beiden Motorradfahrer zu Fall, erlitten aber nur leichte Verletzungen.

Die Schuldfrage ist in beiden Fällen nicht festgestellt. Jedenfalls beweisen sie aber wieder, daß rücksichtslose Autofahrer und unvorsichtige Radfahrer nicht auf die Straße gehören.

Kreis Torgau

Torgau (Stadt)

Dommitzsch. Ein Kaufmann vermißt. Seit einigen Tagen ist ein Stettiner Kaufmann, der mit seiner Frau in Roitzsch zu Besuch weilte, spurlos verschwunden. Er trug ständig einen Barbetrag von über 20 000 Mk. bei sich und ist nervenkrank. Man vermutet, daß er irgendwo umherirrt, es ist aber auch möglich, daß er, weil er die hohe Geldsumme bei sich trägt, einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Annaburg. Ein Metallbarren-Transport bestohlen. Ein Dresdener Transportgeschäft führte vor einigen Tagen einen größeren Metalltransport aus. Das Auto kam von Berlin über Annaburg bis Bethau, wo es im freien Feld stecken blieb. Auf der Weiterfahrt, die erst nach Umladen des Gutes vor sich gehen konnte, stellte sich in Torgau heraus, daß von der Ladung, die einen Wert von 18 000 Mk. darstellte, 25 Messingbarren im Werte von 600 Mk. und 5 Aluminiumbarren im Werte von 250 Mk. fehlten. Der Landjägerei gelang es, wieder 20 Messingblöcke herbeizuschaffen, die übrigen Blöcke sind bis heute noch verschwunden.

Arbeitersport

Weiden (Nordbayern) süddeutscher Meister.

Weiden — Böckingen (Württemberg) 1:0 (0:0).

Die Rundenspiele der süddeutschen Kreismeister im Arb.-Turn- und Sportbund um die Verbandsmeisterschaft waren beendet, aber der Verband hatte noch keinen Meister. Das auf dem besten Wege zur Meisterschaft sich befindende Weiden erlitt im letzten Spiel überraschend von dem Meister Baden-Pfalz: Ludwigshafen eine Niederlage und stand dadurch am Schluß der Spiele mit Böckingen punktgleich.

Von den vier Verbänden des ATSB. haben nun ihren Meister: Mitteldeutschland in VfL. Leipzig-Südost und Süddeutschland in Weiden, Nordwestdeutschland und Ostdeutschland stehen noch aus.

Die Endspielgegner um die Rheinisch-Westfälische Kreismeisterschaft am 28. April sind: Homberg-Hochheide und Obersprockhövel. Nachdem zwischen beiden die Entscheidung gefallen ist, werden unverzüglich die Ausscheidungsspiele der Kreismeister um die Nordwestdeutsche Verbandsmeisterschaft beginnen.

Es geht vorwärts im Bezirk.

Gründungsversammlung der Berichterstatterzentrale für die Handballsparte.

Am Sonntagvormittag fanden sich im hallischen Volkspark die Berichterstatter der Handballsparte ein, um das Berichterstatterwesen im hallischen Bezirk aufzubauen. Es lag eine Fülle von organisatorischem und technischem Material vor, daß trotz Verhinderung des Referenten die Arbeit von Erfolg für die Organisation war.

Der Obmann der Berichterstatterzentrale, Pabst, leitete die Aussprache mit einem grundlegenden wohldurchdachten Referat ein, in dem alles wesentliche über den Aufbau und die Aufgaben der Organisation gesagt wurde. Das durch die bekannten leidigen hallischen Verhältnisse etwas lahmgelegte Berichterstatterwesen beginnt wieder zu neuem Leben zu erwachen.

Die verhältnismäßig zahlreich erschienenen Sportgenossen legten durch die Aussprache ihren ernsten Willen zu zielbewußter Arbeit ab. So soll auch in Zukunft die Zentrale pünktlich mit Berichten beliefert werden, die diese an die Zeitungen weitergibt. Dadurch wird die Oeffentlichkeit immer wieder auf die Tätigkeit der Arbeitersportbewegung hingewiesen. Es wird sogar erstrebt, in Zukunft für die Serienspiele jedesmal einen neutralen Berichterstatter zu stellen. Doch bis dahin gilt es noch manche Arbeit zu leisten.

Zum Schluß wurde noch beschlossen, im Winter die Schulungsarbeit wieder aufzunehmen zum Wohle der Organisation.

So geht es auch in unserem Bezirk wieder vorwärts, trotz alledem!

Handball.

Osmünde I — Kanena I 5:0 (2:0).

Am Sonntag standen sich zwei gleichwertige Mannschaften gegenüber. Osmünde war in guter Form.

Osmünde II — Beuchlitz II 8:0 (4:0).

Nach einer Funkmeldung erreichte in Columbus (Ohio) der junge amerikanische Kurzstreckenläufer George Simpson die bestehenden Weltrekorde im 100 und 200 Yardslaufen mit 9,5 bzw. 20,6 Sek.

Sportamtliche Bekanntmachungen.

Arbeiter-Athleten-Bund. 5. Kreis. Freitag, den 26. April, 20 Uhr, im Restaurant „Zum schwarzen Bär" Kreisvorstandssitzung. Dazu sind die Vereinsvorstände und technischen Leiter eingeladen sowie Schöpkes von Sportklub Adler. Die Kreisleitung.

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Bezirk Halle. Nachdem die Ausscheidungsspiele ihren Abschluß gefunden haben, gehören der Bezirksmannschaft an: Franz Andreas Teicha; Hugo Jahr, Halle; Ulrich, Passendorf; Haak, Wettin; Oswald, Ammend.; Höhe, Hoffmann, Ertel, Barsch, Halle; Paul Andreas, Teicha; Ersatz Schröder, Halle. Bezirksmeister wurde Franz Andreas, Teicha. — Die Sportlerinnen stellen folgende Bezirksmannschaft: Krei, Weber, Jahr, Lutze, Schlotte, Ersatz: Schuster. Bezirksmeister Sportgenossin Krei. — Sonntag, den 28. April, begeht die Ortsgruppe Frankleben ihr 1. Stiftungsfest. Wir ersuchen um rege Beteiligung. — Serienspiele am 28. April: Unter Uns — Schiepzig 10 Uhr; Ammendorf gegen Schiepzig II 2 Uhr; Kanendorf — Bernburg 10 Uhr; Wettin gegen Halle Süd 9 Uhr; Querfurt — Freie Kegelbrüder 9 Uhr; Frankleben — Neumark 9 Uhr; Freie Neune gegen Teicha 1 Uhr; Brachstedt — Osmünde 10 Uhr. — Resultate Frei Holz Halle schlug im Freundschaftsspiel Vorwärts Jena hoch mit 94 Punkten. Die Serienspiele Freien Lauf I gegen Frei Holz und Freien Lauf II — Frisch drauf endeten beide unentschieden.

6. Bezirk, 5. Gruppe. (Männerturnen.) Sonntag, den 28. April, 13 Uhr, findet im Lokal Ferl zu Oppin unsere zweite Turnstunde für Männerturnen mit anschließender Vereinsvorständekonferenz statt. Jeder Verein muß mit Vorturnern und Vorständen vertreten sein, da sehr wichtige Sachen vorliegen. Gleichfalls müssen an diesem Tage die Gruppenbeiträge dort entrichtet werden. Innerhalb der Vereine ist Stellung zum Reichs-Arbeitersporttag und zum Bundesfest zu nehmen. Welcher Verein bewirbt sich zur Uebernahme des Reichs-Arbeitersporttages? Meldung hierzu in Oppin! Die Gruppenleitung.

J. A.: K. Schöne, Teicha 35, Vorsitzender.

Bericht der Fleischpreis-Notierungskommission am städtischen Schlacht- und Viehhof zu Halle.

Bezahlt wurden am Montag, dem 22. April 1929.

Gattung	Für 50 kg Fleischgewicht in Goldmark			
	1. höchster Preis	2. niedrigst. Preis	3. häufigster Preis	Gefrierfleisch
Ochsen	89	[illegible]	85	
Bullen	90	83	86	
Kühe	90	[illegible]	83	
Jungrinder	88	85	88	
Mastkälber	130	120	130	
Saugkälber	120	95	110	
Lämmer u. Masthammel	120	110	115	
Schafe	105	70	100	
Schweine einschl. Mittel und Geschlinge	96	90	94	

Hauptschriftleiter und verantwortlich für Politik und Feuilleton: F. O. H. Schulz, für Lokales und Kommunalpolitik: G. Kasparek, für Gewerkschaftliches und Provinz: Alfred Wielepp, für Sport, Rundfunk und Jugend: Felix Habicht, für den Anzeigenteil: Walter Künne, sämtlich in Halle. — Druck und Verlag: Hallesche Druckerei-Gesellschaft m. b. H. Halle, Große Märkerstraße 6/7

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

HANS BUCHHOLZ
HALLE-SAALE HANS BUCHHOLZ HAUPTBAHNHOFS WIRTSCHAFT
HAUPTBAHNHOFS-WIRTSCHAFT HALLE
BESTE KÜCHE
BESTE WEINE
BESTE BIERE

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0008

vertreter aber dagegen waren. Es handelt sich um eine internationale Verpflichtung der dem Abkommen beitretenden Staaten, Verfahren einzurichten oder beizubehalten, die die Festsetzung von Mindestlöhnen für gewisse Gewerbe besonders für die Heimarbeit gestatten, in denen wirksame Einrichtungen zur Lohnfestsetzung durch Kollektiverträge oder auf anderem Wege nicht bestehen. Wer den Fortschritt will, muß diesem Entwurf zustimmen, denn er ist der erste Schritt, um den Arbeitern, denen es am schlechtesten geht, die Möglichkeit einer Verbesserung ihrer Existenz zu geben. In Deutschland können die Fachausschüsse bereits Mindestlöhne festsetzen, indem sie die Tariflöhne für allgemein verbindlich erklären. Wer international einen Schritt vorwärts tun will, wird dieses Abkommen annehmen.

Der Entwurf wird angenommen. Zur Vorlage auf Verlängerung der Wahlperiode der Arbeitskammern im Bergbau von 2 auf 4 Jahre bemerkt Abg. Janschek (Soz.): In der ersten Lesung hat der kommunistische Abgeordnete Jaddosch behauptet, daß dieser Entwurf die Arbeiter entrechten wolle. Dabei haben sich die Kammern seit Jahren für die Verlängerung der Wahlperiode ausgesprochen, und zwar auch die 5 kommunistischen Mitglieder, darunter der preußische Landtagsabgeordnete Sobotta. Ich hoffe, daß durch diese Feststellung auch die Kommunistische Partei für die Vorlage gewonnen wird (Heiterkeit). — Der Entwurf wird in der Schlußabstimmung angenommen.

Schluß vor 4 Uhr.

Einigung über das österreichische Mietenproblem.

Wien, 23. April. (Radiomeldung.)

Im Verlauf der interfraktionellen Verhandlungen ist nunmehr eine Einigung über das Mietenproblem erfolgt, die im großen und ganzen den Forderungen der Sozialdemokratie entspricht. Danach dürfen Mieterhöhungen bis 1931 nicht erfolgen. Die in diesem Jahre stattfindenden Neuwahlen werden gleichzeitig als Volksbefragung auch über das Mietenproblem betrachtet. Die Sozialdemokratie hat außerdem durchgesetzt, daß in Wien allgemein keine höheren Mietsätze berechnet werden, als in den von der Gemeinde errichteten Bauten.

Sieg der Venizelos-Partei. Aus Athen wird gemeldet, daß der Venizelos-Partei bei den Senatswahlen von 92 Sitzen allein 70 zufielen. In den Rest teilt sich die Opposition.

Der Ermordete — ein Mörder!

Wie Graf Eberhard zu Stolberg einen Menschen mordete

1901 im Manöver einen Sergeanten erstochen

Der Erfurter „Tribüne" wurde eine Zeitung „Das Elsaß" vom September 1901 übergeben, in der über die Ermordung eines Sergeanten durch den verstorbenen Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode berichtet wird. Der Sergeant Scheinhardt aus Schönerbe (Thüringen) hatte bei den 15. Ulanen gedient und machte das Herbstmanöver 1901 im Elsaß mit. Das vergilbte Zeitungsblatt liefert einen neuen Beweis für den Geist der Junnowitzer. Wir geben seinen Inhalt im Wortlaut wieder:

„Sergeant Scheinhardt. Im Anschluß an den Bericht in unserer letzten Nummer geben wir heute das Bild des beklagenswerten Sergeanten Scheinhardt vom Ulanenregiment Nr. 15, der dem Führern seines Vorgesetzten, des Rittmeisters Graf zu Stolberg-Wernigerode zum Opfer gefallen ist. Ueber die näheren Umstände, wie sich der traurige Vorfall abgespielt hat, ist folgendes Nähere bekannt geworden: Sergeant Scheinhardt hatte die Oberaufsicht über die Zubereitung des Essens, das auf dem Manöverfelde gekocht wurde. Während dieser Zeit wurde jedoch Scheinhardt kommandiert, Furage zu fassen, und während seiner Abwesenheit haben die mit dem Kochen des Essens betrauten Soldaten vergessen, den Kessel, wie dies bei der Zubereitung von Konserven geschehen muß, luftdicht zu verschließen. Auf diese Weise wurde das Essen verdorben, und als Sergeant Scheinhardt zurückkam, wurde er von seinem Rittmeister zur Rede gestellt. Scheinhardt entschuldigte sich damit, daß er anderweitig kommandiert gewesen sei und auf die Zubereitung des Essens nicht habe achtgeben können. Mit einem Verweis entließ der Rittmeister den Sergeanten. Etwas später trafen sich beide wieder, und der Rittmeister, von neuem empört, soll seinem Untergebenen gesagt haben, er wäre der schlechteste Hund und größte Schuft im Regiment. Scheinhardt erwiderte: „Ich glaube nicht, dies zu sein!" Hierauf erhielt er von seinem Rittmeister eine Ohrfeige, daß er taumelte. Der Sergeant sagte auf dies hin zu zwei Kameraden, die Augenzeugen des Vorganges waren: „Sie haben gesehen, wie ich geschlagen worden bin!" Diese Worte nahmen dem Rittmeister den Rest seiner Beherrschung, er zog seinen Säbel und versetzte Scheinhardt einen Stich in die linke Kopfseite. Der Verletzte nahm sein Taschentuch und wischte das aus der Wunde quellende Blut ab, behielt aber seine militärische Haltung, bis er bewußtlos zusammenstürzte. Nach Hagenau transportiert, starb der Beklagenswerte am anderen Tag, ohne noch einmal zur Besinnung gekommen zu sein. Der Rittmeister Graf zu Stolberg-Wernigerode verließ nach dieser Tat das Manöverfeld, begab sich nach Saarburg, der Garnison des Regiments, zurück, wo er verhaftet und nach Straßburg in Untersuchung gebracht wurde.

Sergeant Scheinhardt war der Sohn eines alten Invaliden aus Schönerbe in Thüringen. Wie verlautet, unterstützte der brave Sohn seinen Vater nach allen Kräften. Es wurde uns weiter erzählt, daß Scheinhardt, nachdem er kaum vier Dienstjahre hinter sich hatte, von seinem früheren Eskadronchef zum Wachtmeister vorgeschlagen wurde, was jedoch der Regimentskommandeur in Betracht der Jugend Scheinhardts nicht genehmigt habe. Jedenfalls aber ist dies der beste Beweis dafür, daß Scheinhardt ein tüchtiger Soldat war."

Otto Braun über äußere und innere Reparationspolitik

Aussprache über den Etat des Ministerpräsidenten

Berlin, 23. April. (Eig. Bericht.)

Im Preußischen Landtag begann am Montag die große Aussprache über den Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten. Verbunden mit dieser Beratung wurde ein kommunistischer Mißtrauensantrag gegen den Innenminister wegen der Versammlungs- und Umzugsverbote. Der Abg. Schwenk (Komm.) begründete diesen Antrag außerordentlich langatmig, wobei er zwar nicht auf die Vorgänge, die zu den Verboten geführt haben, einging, sondern es für zweckmäßiger hielt, frühere Beschlüsse sozialdemokratischer Parteitage und der Gewerkschaftskongresse über die — Arbeitsruhe am 1. Mai zu zitieren. Er schloß mit der Drohung, daß die Arbeiterschaft sich nicht durch Verbote davon abhalten lassen werde, am 1. Mai zu demonstrieren.

Als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion wies Abg. Bugdahn auf die ernsten Vorgänge in Paris hin. Der Redner bezeichnete dann den erfolgten Anschluß Waldeckes an Preußen als einen verheißungsvollen Anfang zum Ende der deutschen Kleinstaaterei. Ebenso wie dieser Anschluß sei das preußisch-hamburgische Abkommen zu begrüßen. Hier habe sich gezeigt, daß eine Verbesserung der Beziehungen auch ohne Gesandte möglich sei, während umgekehrt das bayerische Beispiel zeige, daß auch durch Gesandte Reibereien nicht verhindert würden. Deshalb beantrage die sozialdemokratische Fraktion die Abschaffung der Gesandtenstelle in München. Scharf ging der Redner gegen die Kommunisten vor, denen er ihr Verhalten bei der Mai-Demonstration des Vorjahres und ein Rundschreiben vorhielt, in welchem damit gerechnet wird, daß es am 1. Mai eine Anzahl Tote geben wird.

Die deutschnationale Fraktion hatte sich offenbar eine ganz besondere Wirkung davon versprochen, daß sie den Mussolini-Freund und Landbundführer von Rohr vorschickte. Fast kein Wort positiver Kritik war zu hören. Er wartete nur mit dem ältesten Ladenhüter dem Ministerpräsidenten auf. Wiederholt kam es deshalb zu stürmischen Unterbrechungen. Die Antwort auf die deutschnationalen Gehässigkeiten ließ nicht lange auf sich warten. Sehr wirkungsvoll setzte sich der Zentrumsabgeordnete Dr. Schwering mit dem deutschnationalen Redner auseinander. Später bereitete Ministerpräsident Otto Braun Herrn von Rohr eine gründliche Abfuhr.

Einleitend ging der Ministerpräsident zunächst auf die Situation ein, die durch die kritische Lage auf der Sachverständigen-Konferenz geschaffen ist. Nach aller geschichtlichen Erfahrung sei nach einem verlorenen Kriege für die Höhe des Kriegstributs die Leistungsfähigkeit des unterlegenen Volkes entscheidend gewesen. Dieser Tatsache habe man aber in Paris wenig Rechnung getragen. Die Sorge um die Existenz des deutschen Volkes zwinge ihn zu sagen, daß er starke Zweifel habe, ob es nach dem Angebot der deutschen Sachverständigen angesichts der Leistungen der Vergangenheit möglich sei, jährlich die angebotenen Summen aufzubringen. Vielleicht sei noch gar nicht der Zeitpunkt gekommen, darüber in Paris das letzte Wort zu sprechen. Der Ministerpräsident wandte sich dann den Fragen der „inneren Reparation", den Forderungen der Einzelstaaten an das Reich, zu und erklärte unter lebhafter Zustimmung des Hauses, wenn Preußen noch nicht so berücksichtigt worden sei wie Bayern, so möge das wohl daran liegen, daß die bayerische Volkspartei für die Bildung der Reichsregierung eine gewichtige Rolle spiele. Wenn er für die Rechte Preußens eintrete, so sei er sicher, daß er damit außerhalb Preußens keine Sympathien erwerbe. Es könne aber nicht seine Aufgabe sein, auf Kosten der preußischen Steuerzahler Sympathien zu erwerben. Zum Einheitsstaat komme man nicht über die Auflockerung oder Zerschlagung Preußens, sondern über die Einheit Preußens, und der Anschluß kleinerer Staaten an Preußen sei sicher nicht das Ergebnis seines Liebeswerbens, sondern die Konsequenz von Staatsnotwendigkeiten. Aber wenn kleinere Länder zu Preußen kämen, so sei das auch für das Reich gut, denn ein starkes Preußen schaffe auch ein starkes Reich. Zu den Kommunisten gewandt führte der Ministerpräsident aus, daß es auch für ihn bedauerlich sei, daß nach den Ereignissen der letzten Zeit vorbeugende polizeiliche Maßnahmen notwendig seien. Es gelte aber, die Demonstrationsfreiheit für alle Staatsbürger wiederherzustellen, und dazu sei es zunächst notwendig, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten.

Dann folgte die Abrechnung mit Herrn von Rohr! Von Rohr habe die Not der Landwirtschaft in Verbindung gebracht mit der Politik der preußischen Staatsregierung. Aber gerade als die Deutschnationalen in der Regierung saßen, sei die schlimmste Agrarkrise hereingebrochen. Die Krise in der Landwirtschaft sei so lange nicht zu überwinden, solange Landbundführer wie Herr von Rohr Anweisungen geben, die eine Mehrproduktion verhindern. Der Stahlhelm sei nicht nach seinen Worten, sondern nach seinem inneren Geist zu beurteilen, der sich im Hause zu auf das Trefflichste offenbart habe. Es sei auch ganz und gar nicht nötig, der Staatsregierung das Gewissen zu schärfen, etwas für die Ostmark zu tun. Lieber sollten die Deutschnationalen darauf verzichten, immer neue Anträge auf Erhöhung der Zahl der polnischen Wanderarbeiter zu stellen.

Das schlechte Abschneiden seines Fraktionskollegen Schwenk war für den Abg. Schulz (bekannt als Rundfunk-Schulz) wohl der Anlaß, einige ganz besondere Trümpfe gegen die Sozialdemokraten auszuspielen. Er wurde dabei so grob, daß die ihm offenbar erwünschten Ordnungsrufe nicht ausblieben. Die kommunistische Regie hatte auch für einen kleinen Tribünen-Zwischenfall vorgesorgt. Als nämlich Herr Schulz schloß, gab es auf der Zuhörertribüne Bravo-Rufe und Händeklatschen. Die darauf erfolgende Räumung der Zuhörertribünen wurde von den Ruhestörern mit Schimpfkonzerten auf die Sozialdemokraten beantwortet.

Weiterberatung: Dienstag 12 Uhr.

Die Aberfälle des Max Hölz

Der von ihm geprügelte Rabold sagt aus

Berlin, 23. April. (Radiomeldung.)

Das kommunistische Paradepferd Max Hölz hat die vor wenigen Wochen in der Presse geschilderten Vorgänge bei einem Zusammenstoß mit dem Redakteur eines kommunistischen Berliner Abendblattes, Rabold, bestritten. Rabold, der gegen Hölz inzwischen Strafantrag stellte, hat jetzt der Staatsanwaltschaft eine ergänzende Darstellung über den Vorfall gegeben. Er bezeichnet darin die Behauptungen von Hölz als unrichtig.

Hölz habe, so führt Rabold aus, seine Drohungen, ihm gegenüber ein Verbrechen zu begehen, auch wenn er dafür noch einmal 20 Jahre ins Zuchthaus müsse, im Verlauf des Ueberfalls mindestens fünfmal wiederholt. Außerdem sei durch Zeugen zu beweisen, daß Hölz sein Opfer zweimal am Halse gewürgt und mit dem Tode bedroht habe, falls Rabold noch einmal den Versuch machen würde, sich mit der von ihm geschiedenen Ehefrau über die Erziehung seines Kindes auseinanderzusetzen. Hölz habe im übrigen das neunjährige Kind nicht nur mit in politische Kundgebungen geschleppt, der Junge sei auch Zeuge eines Ueberfalls gewesen, den Hölz auf den Sekretär der Roten Hilfe, Eickenjäger, ausgeführt habe. Dieser Ueberfall habe sich an einem Sonntag in der Nähe von Friedrichshagen bei Berlin abgespielt und einen ziemlich großen Menschenauflauf hervorgerufen. Das Kind habe aufgeregt und weinend danebengestanden, während die Mutter es allerdings fertiggebracht habe, im Anschluß an die Schlägerei zu äußern: „Das hast du recht gemacht, Max!" Eickenjäger ist für die Richtigkeit dieser Schilderungen als Zeuge benannt worden. Inzwischen ist das Kind der Mutter unter Zuhilfenahme von polizeilichem Schutz genommen worden.

Dr. Ender,

Landeshauptmann von Vorarlberg, scheint jetzt der aussichtsreiche Bewerber für das Amt des österreichischen Bundeskanzlers zu sein. Dr. O. Ender gehört der Christlich Sozialen Partei an.

Ausschlüsse aus der KPD.

Der Bezirksparteitag der Kommunistischen Partei Württembergs schloß die Landtagsabgeordneten Becker und Hammer aus der Partei aus.

Die Aktion war wohlvorbereitet, so daß der Ausgang der Abstimmung von vornherein feststand, obwohl den „Angeklagten" auf dem Bezirksparteitag Gelegenheit zur Vertretung ihres Standpunktes gegeben worden ist. Kennzeichnend für den in der KPD. Württembergs herrschenden Geist ist die Tonart, in der das Stuttgarter KPD.-Organ jetzt von den ausgeschlossenen Abgeordneten spricht, die bis vor kurzem noch mit hervorragenden Führeraufgaben betraut waren. Von Hammer wird gesagt, er sei „ein meckerndes Häuflein Unglück" gewesen, während Becker höhnisch „sachliche Schleimigkeit" vorgeworfen wird.

Mit dem Ausschluß der beiden Abgeordneten, die sich weigerten ihre Mandate niederzulegen, ist die kommunistische Vertretung im Landtag auf vier Mann zusammengeschmolzen. Sie erfüllt damit die geschäftsordnungsmäßigen Voraussetzungen für die Anerkennung als Fraktion nicht mehr.

Elf Personen in einem Zimmer

Der Deutsche Verein für Wohnungsreform gibt in einer Studie seines Geschäftsführers neue wichtige Aufschlüsse über das Wohnungselend in Deutschland. Bezeichnend ist folgender Vergleich: Eine Arbeiterfamilie mit zwei Kindern hatte in Nordamerika im Jahre 1925 durchschnittlich fünf Wohnräume, in England drei, in Deutschland 1,4. Sorgfältige Berechnungen bestätigen den engen Zusammenhang zwischen Wohnungsnot und Krankheiten. 40,6 Prozent der 1925 in Berlin gestorbenen Tuberkulosekranken hatten Einzimmerwohnungen, 41,7 Prozent Zweizimmerwohnungen. Besonders stark ist das Elend der Kinder, die in kleinen Wohnungen leben müssen, für die häufig die Bezeichnung „Verschlag" noch ein Ehrentitel ist. Sie ergab, daß in einem einzigen Wohnraum in 505 Fällen fünf Personen, in 212 Fällen sechs Personen, in 52 Fällen sieben Personen und in 38 Fällen elf Personen zusammenschliefen.

Eine achtjährige Hochzeitsreise. In Neuyork war am 3. Januar 1921 ein Ehepaar Reischek getraut worden. Das Paar wollte seine Flitterwochen auf einer Luxusjacht zubringen. Aus den Wochen wurden Monate, aus den Monaten Jahre. Schließlich galt das Schiff als verschollen. Vor kurzem kehrten die Glücklichen wohlbehalten nach Neuyork zurück. Sie hätten, so erklärten sie, die Einsamkeit so schön gefunden, daß sie von ihren Mitmenschen nichts mehr hätten wissen wollen. Lediglich ein Schaden des Schiffes habe sie genötigt, einen Hafen anzulaufen.

Entschädigung für Wanzenbisse. Eine Schauspielerin war, als sie in einem teuren Prager Hotel übernachtete, von einer Riesenschar Wanzen überfallen worden. Sie ging darauf zum Arzt und ließ sich untersuchen. Dann brachte sie bei Gericht eine Schmerzensgeldforderung von 1200 Kronen (150 Mark) gegen den Hotelier ein. Das Gericht anerkannte die Berechtigung dieser Forderung, die durchaus angemessen sei.

Eine appetitliche Wurstküche. Ein Parallelfall zu dem kürzlich aus Frankfurt gemeldeten Metzgereiskandal wird jetzt aus Danzig bekannt. Dort hat ein Fleischer namens Karl seit 15 Jahren neben seiner Fleischverarbeitungsstelle ein offenes Kloset. Der Metzger hatte sich wegen dieser Schweinerei vor dem Einzelrichter zu verantworten. Dieser sprach ihn frei. Begründung: „Das Kloset hat in 15 Jahren niemals eine Beanstandung hervorgerufen!"

Mord und Selbstmord. In Klein-Schönfeld in Pommern erwürgte der 41jährige Eisenbahnassistent Fritz Kleinke seine 36jährige Ehefrau. Hierauf durchschnitt der Täter sich selbst die Kehle. Als Motiv der Bluttat dürfte der nervöse Zusammenbruch Kleinkes zu betrachten sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0009

Vereins-Kalender

der SPD., freien Gewerkschaften, geselligen Vereine sowie der sozialist. Frauenzusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg. — Sekretariat der SPD. Halle a. S., Harz 42/44. Hochhäuser 2 Treppen. Fernruf 21039

Halle.

SAJ. Mittwoch, Rote Falken im Heim.

Aus dem Bezirk

Merseburg. Arbeiterwohlfahrt. Mittwoch 24 April, abds. Uhr, im „Herzog Christian" Versammlung. Recht rege Beteiligung ist erwünscht.

Eilenburg. Donnerstag, den 25. April abds. 8 Uhr, in „Stadt Leipzig" Frauenversammlung. Gen. Brenner spricht über „Die sozialistische Frau und ihre Erziehungsaufgabe". Genossinnen und Genossen, erscheint zahlreich. — Sonnabend, den 27. April. Gemütliches Beisammensein der Frauengruppe bei Erfolg. Eilenburg-Ost. Gäste herzlich willkommen.

Lützen. SAJ. Sonnabend, 27. April, 8 Uhr, im „Bürgergarten" „Wien-Bratenabend". Beginn 19,30 Uhr. Ausführende sind die Schönbuhner Genossen. Parteigenossen, werktätige Jugend kommt restlos.

Bockwitz. Freitag, den 26. April, abends 8 Uhr, im „Volkshaus" Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung 1. Referat des Gen. F. O. Schulz über das Thema „Arbeiterschaft u. Staat." 2 Parteiangelegenheiten. Wir ersuchen unsere Mitglieder nebst Frauen restlos zu erscheinen. Einige ihrte Gäste sind herzlich willkommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
(Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle.

Bundesreichsbanner. Jeden Dienstag abend 8—10 Uhr in der Turnhalle der Talamtschule Uebungsabend. Restlose Erscheinen ist Pflicht. Turnschuhe mitbringen.

Grabtüten für frische Blumen, fein lackiert . . . . **50 ₰**

Blumenkästen in allen Längen, mit Randeisendeckel. von **95 ₰**

Blumengitter passend für jedes Fenster . . . . von **65 ₰**

Gießkannen ein lackiert, groß **95 ₰**

SÖBEL
Steinweg 45
Große Ulrichstraße 9
Am Reileck

Reellste Bezugsquelle
Neue Gänsefedern
wie v. d. Gans gerupft, roh Daun. Doppelgerein Pfd 3,—, bessere Qual 4,50, nur klein Federn Halbdaunen 5,—, ¾ Daun. 6,7, gerein. feriss Federn m Daun 4,— und 5,— hochchorima 5,75, allerfeinste 7,50, Ia Volldaunen 9,— u. 10,5 Garantie 1. gewaschenstaubfreie Ware Versand gegen Nachn. ab 5 Pfd portofr. Nichtgefall nehme a. mein Kosten zurück **Joh Wodrich**, Gänsemastanst und Bettfed.-Wäscherei Nos Trebbin **103**, Oderbruch

Mappen in Leder **billig.** Koffer- u. Lederwaren **Hugo Krasemann Schmeerstraße 19**

Spaten mit Stiel von **Mk. 1,90 an** **Harken, Hacken Gießkannen** **Gebr. Gruneberg** **Geiststr. 41**

Violin-, Mandolin-Unterricht erteilt 623 **August Man** Torstraße 10

Kleine Anzeigen haben Erfolg!

Möbel-Andag
Herren-, Speise- u. Schlafzimmer
Küchen, Polstermöbel
Verkauf nur Preußenring 10
Halle-Saale (in der Lathe-Passage)
Telephon 29834
Bequeme Ratenzahlungen

Amtliche Bekanntmachungen

Am „Schwarzen Brett" im Wandelgebäude, Marktplatz 24, befindet sich eine Bekanntmachung betr. Festsetzung neuer Fluchtlinien für die Westseite des Steinwegs. 2410

Halle, den 18. April 1929.

Der Magistrat.

Nur noch wenige Tage . . . .
reichen die Vorräte aus unserem
selten günstigen Angebot in Zephirs und Popelines
ganz besonders geeignet zur Selbstanfertigung von Hemden, sowie in Trikotagen für Damen u. Herren
Hunderte von Maßhemden wurden uns bereits in Auftrag gegeben
Auf diese nie wiederkehrende Gelegenheit,
erstklassige Qualitäten zu derart niedrigen Preisen
zu kaufen, weisen wir nochmals empfehlend hin
Weddy-Pönicke u. Steckner
Halle a. S. Leipziger Straße 6 u. 7

Sie können mit Ihrer Freundin in den Harz
radeln, wenn Sie in der Tombola des Ha-Bü-Ba
1 Dromos-Damenrad
oder
1 Dromos-Herrenrad
der Fa. Gummi-Bieder gewinnen.

Gewerkschaftshaus
Halle, Harz 42—44
Restaurant
Sitzungszimmer
Guter Mittag- und Abend-Stamm
Vorzügliche Küche
Saubere Bedienung

. . . . prüfen Sie alles und zuletzt die Angebote von
Klavier-Maerdter
Waisenhausring 1 B
am Franckeplatz
Warum??? -- Weil Sie dann erst beurteilen können, wie preiswert diese in Halle seit 1832 bestehende Firma 1256
Pianos
der besten Weltmarken verkauft

Stadttheater
Heute, Dienstag, 20—23¼ Uhr
Die Hugenotten
Oper von G. Meyerbeer
Mittwoch, 20—22¼ Uhr:
Die Dreigroschenoper
Ein Stück mit Musik v. Brecht und Weill.

Walhalla
Kr. A. Kleinhanns
Telefon 293 85
Täglich 20 Uhr
Große
Varieté-Festspiele!
Die glanzvolle Parade artistischer Höchstleistungen
10 Welt-Attraktionen und doch gewaltige Preise ab 80 ₰
Kassenstunden 11 bis 2 Uhr.

Kurhaus Bad Wittekind
Mittwoch, den 24. April, nachm. 4 Uhr:
Extra-Konzert
ausgef. vom Frauendorf-Orchester unter der gütigen Mitwirkung des
Herrn Opernsänger W. Kathammer
vom Stadttheater Halle.
Begleitung: Melitta Kathammer.
Keine erhöhten Eintrittspreise. 2408

Bekanntmachung.
Vom 1 Mai 1929 an tritt für die Linien der Merseburger Ueberlandbahnen Akt.-Ges. eine Erhöhung bzw. Veränderung der Fahrpreise (Fahrscheine und Zeitkarten) ein.
Der neue Tarif ist in den Fahrplankästen zum Aushang gebracht.
Merseburger Ueberlandbahnen
Akt.-Ges.
Die Direktion. Löhr.

Hofjäger
Regelmäßig Mittwoch nachmittag 3½ Uhr
Konzert
Eintritt frei
NB. Sonntag, den 28 April:
Gr. Tanzvergnügen im Stadttheaterwalh

Betten Inlett und Bettfedern
Daunen, Steppdecken
kauft man sehr preiswert im Betten-Spezial-Geschäft von
Erich Meiling, Halle a. S.
Ludwig-Wachsmann-Str. 12 Telefon Nr. 293 25
Bettfedern-Reinigung täglich in Betrieb

Mädl. Schlafstelle zu vermieten Mühlendstr 5, 3 r. l.

Die gute Hausschlacht-Wurst!
Nur bei E. Schmidt Nachf., „Domstieg 5
Jeden Freitag Schlachtefest!

Umpressen
schnell, billig, größte Formen Auswahl
Haus der Hüte
GmbH
Deutschlands größtes Spezialunternehmen
Leipzig. Filiale Halle, nur Gr. Ulrichstr. 11

An unsere verehrlichen Inserenten!

Am 30. April erscheint unsere Zeitung in besonderer Aufmachung als

Mai-Festausgabe

Die festliche Ausgestaltung und die Tatsache, daß die Ausgabe in erhöhter Auflage zur Verbreitung kommt, außerdem an 2 Tagen aufliegt, bieten die Gewähr, daß die Zeitung in weitesten Kreisen gelesen wird und Beachtung findet.

Es besteht daher die Garantie, daß Inserate in dieser Festausgabe eine besondere werbende Kraft haben, und gestatten wir uns daher, zur Insertion besonders einzuladen.

Um allen Wünschen Rechnung tragen zu können, bitten wir schon jetzt um in Aussicht genommene Aufträge, die wir zur Zufriedenheit ausführen werden. Wir bitten diese Aufträge für unsere Vertreter zu reservieren oder an unsere Geschäftsstelle zu senden. Inseratenschluß für diese Sonderausgabe am 29. April, abends 6 Uhr.

Verlag „Volksblatt"
Halle a. S., Gr. Märkerstr. 6 :: Tel. 24605, 24667, 26605

Wo lassen Sie Ihre Garderobe anfertigen?
Wir fertigen Ihnen aus Ihrem Stoff mit unser. Zutaten einen
Anzug oder **Mantel**
nach neuesten Modellen, gut. Sitz für
29.- u. Verarbeitung 31,- vorm.
M. Ehrlich
Halle
Leipziger Str. 59
Zahlr. Anerkennungen

Korn & Zöllner
Brüderstraße 13 ● Halle a. d. S. ● Telefon 2376
Pa. Werkzeuge zur Holzbearbeitung Eisenwaren
Zierleisten - Portierengarnit. - Leder- und Kattleim

Unsere mit modernem Material bestens ausgestattete Druckerei halten wir zur Herstellung von
Druckarbeiten
jeder Art empfohlen. Wir sichern sachgemäße und schnellste Erledigung der uns überwiesenen Aufträge zu u stehen mit Kostenanschlägen gern zur Verfügung
Hall. Druckerei-Gesellschaft m. b. H., Große Märkerstraße 6

Kleine Anzeigen haben hier großen Erfolg.

Empfehlenswerte Restaurants in Halle (Norden und Osten)

„Bad Wittekind", Wittekindstraße 12
B. Beyer, Körner- und Marienstraße-Ecke
„Deutsche Bierquellen" L.-Wucherer-Str. 87
„Bierhaus Engelhardt", Merseburger Str. 4
A. Fehlhaber, Reilstraße 10
„Feldschlößchen", Bahnhofstraße 1
„Ringplatz-Kasino", M. Weber, Boelckestraße
„Hallorenbräu", Ludwig-Wucherer-Str. 73a
E. Hackenseiler, Schillerstraße 22
„Hardenberg-Kasino", Hardenbergstraße 1
„Kaiser-Friedrich-Halle", Friedrichplatz 8.
„Lüderitzberg", (Ernst Start), Reilstraße 74
A. Reichelt, Reilstraße 8
„Reichsadler", (Fritz Henze), Trotzaer Str. 15.
„Saalschlößbrauerei", Seebener Straße 23
„Stadt Sedan", Magdeburger Straße 23
O. Schwarzkopf, Burgstraße 7
„Zum Schwertfeger", Friesenstraße 31
A. Thate, Berliner Straße 31
W. Thomas, Boelckestraße 1.
Vogel, Wilhelm, Trotzaer Straße 42.
„Volkspar", Burgstraße 27
„Zum Mohr", Burgstraße 72
„Zum Reilsberg", Reilstraße 37.
In verschied. Gaststätten liegt das „Volksblatt" aus

Kauft nur bei unseren Inserenten

Ohne wirkungsvolle Reklame
ist heute ein Geschäftsmann nicht in der Lage, sein Unternehmen auf eine leistungsfähige Höhe zu bringen. Er sollte daher nicht versäumen, sich dieses Mittels zu bedienen. Dies geschieht am vorteilhaftesten durch ein gutaufgeführtes Inserat im Volksblatt, das in weiten Kreisen der Bevölkerung des Bezirkes Halle-Merseburg verbreitet ist und überall gern gelesen wird. Also: Ohne zeitgemäße Reklame keinen geschäftlichen Erfolg!!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219290423-11/fragment/page=0010